

Riefner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerei
Zugelstr. 10.
Bismarckstr. 12.
Königsstr. 12.

Das Riefner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptkollektors Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsnummer
Kreuz 1280.
Stempel:
Riesa Nr. 12.

Nr. 45.

Montag, 23. Februar 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riefner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Austritts von Produktionsbetrieblern, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen. Eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8 mm breite, 8 mm hohe Druckerschrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die für den bereits Bekannten 100 Gold-Pfennige; Zeitrausender und tabellarischer Sat 40%, Aufschlag für Farbe, Bemalung Rabatt erlischt, wenn der Betrag vorläufig durch Klage eingezogen werden kann; oder bei Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen "Lichter an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei der Lieferanten oder der Verlegeranstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Mussolini über die Abrüstung.

Unter der Überschrift „Not und Abrüstung“ wird ein Artikel des italienischen Ministerpräsidenten Mussolini veröffentlicht.

Mussolini schreibt: Die letzte Ratssitzung des Völkerbundes hat das Datum für die allgemeine Abrüstungskonferenz auf den 2. Februar 1932 festgelegt. Dem wird wahrscheinlich der Tagungsort sein. Es wäre besser gewesen, wenn man sich auf ein früheres Datum geeinigt hätte. Jeder Tag, den man in dieser Sache unbenutzt vorbegeben läßt, ist verloren. Obwohl wir mitten der Notzeiten leben, setzt ein Bild auf die Militärbudgets der Völker das noch immer eifrige Bemühen, starke Heere, Flotten und Luftstreitkräfte zu unterhalten. Jeder scheint es bestreben zu tun, weil sein Nachbar es tut. Ich bin sicher, daß es nur sehr wenige Staatsmänner gibt, die angefaßt über gegenwärtigen Weltzustand sind und daß die meisten die Wehrlasten gern verringern würden, wenn sie die nationale Verteidigung für gesichert hielten. Wehrkosten sind zweifellos eine harte Notwendigkeit für jede verantwortungsbewußte Regierung, weil auch die dringlichsten Aufgaben zurückstellen müssen, bevor zunächst einmal der Schutz gegen Angriffe verbürgt ist. Daher ist es notwendig, diese Aufwendungen durch ein allgemeines Aufkommen zu begrenzen und zwar im Verhältnis zu den Aufwendungen anderer Völker — anstatt das Beträgen bis zur Verleumdung fortzusetzen. Kein einzelnes Staatswesen kann von sich aus die Abschaffung oder Einschränkung des Aufwands für seine militärische Verteidigung verantworten. Zu allererst muß vielmehr eine allgemeine Vereinbarung getroffen werden, gleichzeitig abzurufen.

Gerade hier scheint der große Knoten der Angelegenheit zu liegen. Einige der Mächte wollen sich nämlich nicht in eine Regelung des Abrüstungsproblems einlassen, wenn nicht zuerst die Behandlung der Sicherheitsfrage verbürgt wird. Sie sagen von vornherein, daß die Sicherheit vor einer Abrüstungsbeschränkung rangiert, und daß sie erst dann, wenn sie die Garantie für diese Sicherheit erhalten haben, in eine Einschränkung einwilligen werden. Nun, eben damit dreht man sich im Kreise; denn, wenn alle gleichzeitig abrüsten, wird die Frage der Sicherheit durch die allgemeine Bereitschaft aller, ihre militärischen Kräfte auszubauen, ohne weiteres geregelt. Die Wehrkraft der bewaffneten Streitkräfte ist durchaus abhängig von der Größe der bewaffneten Streitkräfte der Nachbarn und solcher Völker, die man als mutmaßliche Feinde und mögliche Angreifer ansieht. Aber wenn diese abrüsten, dann ist die Sicherheit der anderen gewährleistet und sie können auch abrüsten.

Die Abrüstung muß von einer anderen Seite angefaßt werden. Ausgehen muß man nämlich von der Frage: Wie weit können wir abrüsten, wenn der Partner dasselbe tun will? Wir müssen mit der Abrüstung beginnen, nicht aber absolute Höfen für unsere Bedürfnisse veranlassen; denn diese Höfen bedürftigen nicht die Tatsache, daß ja unsere Nachbarn ebenfalls an die Abrüstung herangehen. Natürlich bedarf es einer großen vorbereitenden Erörterung über die Methode, die man bei der Aufstellung des Abrüstungsplans am besten anwenden will. Was Italien betrifft, so sind wir nicht voreingenommen für eine bestimmte Methode. Wir können ebenso gut die Abrüstung auf der Grundlage einer Einschränkung des Wehrhaushalts annehmen, sofern wir sichere Bürgschaften haben, daß bei der Durchführung nicht gemogelt wird, wie wir gleichfalls bereit sind, eine Abrüstung gutzuheißen, die von der Zahl wehrfähiger Männer ausgeht, sofern diese Methode auch von den anderen angenommen wird. Wir sind ernst und aufrecht bemüht, ein wirksames und nützliches Abrüstungsplan aufzustellen. Wir hoffen, daß die Konferenz von 1932, zu welcher Italien seine unumschränkte herabgesetzte Zustimmung gegeben hat, das beste Ergebnis zeitigen wird. Aber man darf nicht vergessen, daß während wir über Abrüstung sprechen, jedes Volk seine Aufrüstung fortsetzt. Es kann nicht bestritten werden, daß diese Aufrüstungen den Zielen der Konferenz offen widerstreben.

Ein großes Fragezeichen steht ferner hinter den kommenden politischen Wahlen, die im Jahre 1932 in Frankreich und wahrscheinlich auch in Deutschland und England stattfinden. Es ist jetzt vollständig unmöglich, ihre Ergebnisse vorauszusagen. Sie werden in mancherlei Beziehung den Gang der kommenden Dinge oder späterhin den Verlauf der Konferenzarbeiten zu beeinflussen.

Die Kurven in Bern

Buenos Aires, 23. Februar. Nach einer Meldung aus der peruanischen Hauptstadt Lima wurde dort offiziell mitgeteilt, daß in der Garnison von Arequipa ein Aufstand ausgebrochen ist. Die Aufständischen sollen den Kommandanten gefesselt und sich der Stadt bemächtigt haben. Weiter wird berichtet, daß sich 39 Personen, darunter General Martinez, wegen ihrer Teilnahme an der gestrigen Einmarschrevolution im Gefängnis befinden. In Lima und Cuzco soll Ruhe herrschen.

Ruhiger Verlauf des Rundgebungsamts.

Berlin, 23. Februar.

Der mit allgemeiner Spannung erwartete 22. Februar ist nach den bisher vorliegenden Meldungen im ganzen Reich abgelaufen von einigen belanglosen Zusammenstößen, durchweg ruhig verlaufen. Ueberall hatte die Polizei durch umfangreiche Sicherungsmassnahmen, zeitliche Trennung der Kundgebungen und Demonstrationenverbot für eine reibungslose Abwicklung gesorgt.

In Berlin fand im Lustgarten die große Kundgebung anlässlich des 7. Gründungstages des Reichsbanners statt. Die neugebildete Schutzformation (Schupo), die als Gegenmacht gegen die nationalsozialistischen Sturmabteilungen gebildet worden ist, trat zum ersten Mal vor die Öffentlichkeit. Zur Vermeidung von Störungsvorfällen war der Lustgarten durch die Polizei abgeriegelt.

Reichsbannerführer Hering teilte in seiner Ansprache mit, daß bereits 160 000 Mitglieder im Laufe der letzten Monate aus den Reihen des Reichsbanners herausgezogen und einer besonderen Ausbildung für die sogenannten Schutzformationen unterworfen worden seien. Es handle sich nicht um Soldatenpioniere, sondern um eine Notwehr- und Abwehrorganisation. Ein Bürgerkriegsverbot der innenpolitischen Gegner sei von jetzt ab unmöglich. Das Reichsbanner stehe bereit, jedem Ruf der legalen Staatsge-

walt zu folgen als Helfer der legalen Machtmittel des Reiches. Seit Monaten werde gedrängt, dem Reichsbanner auch ein politisches Programm zu geben, nach wie vor lehne es das strikt ab. Das Reichsbanner könne seine besondere Aufgabe nur erfüllen, wenn es die überparteiliche Schutzorganisation der Republik und der Demokratie bleibe. Der Negation der extremistischen Parteien werde das Reichsbanner die Front des Positiven entgegenstellen. Ein Kriegsplan zur Niederrückung der Arbeitslosigkeit müsse das Programm werden. Hering richtete dann an alle verantwortlich bewußten Republikaner die Bitte: „Laßt uns nicht im Stich! Verfolgt uns mit geistiger Ration! Gebt uns die große Parole zur Rettung des deutschen Volkes und organisiert die geistige Erneuerung der Republik! Gebt uns konstruktive Ziele! Das ist die Forderung des Bundes. Dann blüht in Deutschland ein besseres Leben in der sozialen demokratischen Republik!“ Mit einem dreifachen Frei Heil auf das deutsche Volk und die deutsche Republik schloß Hering seine Rede, die von den Teilnehmern der Kundgebung begeistert aufgenommen wurde.

Beim An- und Abmarsch des Reichsbanners verhielten kommunistische Störungstruppen gegen den Lustgarten vorstoßen. Die Polizei sah sich genötigt, mit dem Gummistock vorzugehen. In zwei Fällen sind von der Polizei Schreckschüsse abgegeben worden.

Der sächsische Etat für 1931.

Dresden. Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1931 ist jetzt dem Landtag zugegangen. Er schließt im Ordentlichen Etat in Einnahme und Ausgabe mit 401 952 490 RM ab. Für außerordentliche Staatszwecke werden 27 668 850 Reichsmark angefordert. Das Finanzministerium soll nach dem Haushaltsgesetz ermächtigt werden, einen Betriebskredit von bis zu 30 Millionen aufzunehmen.

Der Haushaltsplan für 1931 weist im Ordentlichen Etat in Einnahme und Ausgabe rund 15 500 000 RM weniger aus als im laufenden Rechnungsjahr. Staatsverschlechterungen in Höhe von knapp 27 Millionen Reichsmark stehen Staatsverbesserungen um 27,15 Millionen Reichsmark gegenüber. Bei der Veranschlagung der Steuereinnahmen ist die Minderung der Reichsteuerüberweisung berücksichtigt worden, was einen Ausfall von 27,4 Millionen insgesamt und für den Staat allein von 12,71 Millionen bedeutet.

Eine Minderung des Landesfinanzausgleiches mußte für 1931 unterbleiben, da für das Rechnungsjahr 1931 eine Minderung des Finanzausgleiches zwischen Reich, Ländern und Gemeinden in Aussicht steht, die grundlegende Verbesserungen bringen wird.

Mit Rücksicht auf die erhöhten Kosten der Wohlfahrtspflege wurde in den außerordentlichen Staatshaushaltsplan ein Betrag von 7,5 Millionen Reichsmark als außerordentliche Beihilfe für die Gemeinden und Bezirksverbände eingestellt. Diesen wird außerdem noch ein Betrag von fast 9 Millionen Reichsmark aus der Aufwertungsteuer zuzuführen.

77 Millionen für den Wohnungsbau

Bei den Landessteuern mühten die Grundsteuer um zehn Prozent und die Gewerbesteuer um zwanzig Prozent gesenkt werden, wodurch für den Staat ein Ausfall von etwa 6,52 Millionen entstehen wird. Für die Gemeinden wird ein Ausfall von 8 532 000 RM errechnet. Der aus der Aufwertungsteuer zur Verfügung stehende Dedungsbeitrag (die Hälfte des Wohnungsbauanteils) wird auf 50 750 000 Reichsmark geschätzt. Von ihm verbleiben nach Dedung des Ausfalls an Realsteuern etwa 35,9 Millionen Reichsmark. Hiervon soll ein Viertel einem Ausgleichsfonds zugeführt und drei Viertel zur Förderung des Wohnungsbauverwendet werden. Für den Wohnungsbau werden daher im Rechnungsjahr 1931 insgesamt 77 673 000 RM zur Verfügung stehen. Fünf Millionen hiervon sollen jedoch zunächst nicht zur Verteilung gelangen, sondern eventuell zur Stärkung des Ausgleichsfonds verwendet werden.

Von den gesamten Ausgaben des Haushaltsplanes entfallen 273 954 594, das heißt 68,3 Prozent, auf persönliche Ausgaben (gegenüber dem Vorjahre — 9,86 Millionen), 128 420 636, das heißt 30,3 Prozent, auf fortdauernde sachliche Ausgaben (— 3,15 Millionen) und 3 677 260, das heißt 0,9 Prozent, auf einmalige Ausgaben (— 2,43 Millionen). Von den Einnahmen entfallen 234 406 000, das heißt 58,4 Prozent, auf Steuern (— 15,41 Millionen), 44 060 820, das heißt 11 Prozent, auf Rungen des Staatsvermögens, 52 017 600, das heißt 13 Prozent, auf Erstattung von Dritten

(— 2,73 Millionen), und 70 568 070, das sind 17,6 Prozent auf Verwaltungseinnahmen (3 Millionen mehr).

170 Millionen Gesamtschulden

Die fundierten Schulden betragen am 31. Januar 1931 74 025 913 RM (am 1. Oktober 1930 75 192 236 RM). Die schwappenden Schulden beliefen sich am gleichen Tage auf 174 355 000 RM zuzüglich 7 782 000 RM Reichsdarlehen zur Förderung des Kleinwohnungsbaus. Außerdem wurden 14 Millionen vorübergehend aus anderen Staatskassen übernommen. An offenen Krediten standen am 31. Januar 1931 noch 22 721 000 RM zur Verfügung. Die Gesamtschuldung des Freistaates Sachsen betrug zu dem angegebenen Zeitpunkt 270,36 Millionen Reichsmark.

Die Zahl der planmäßigen Beamten wird im Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1931 mit 22 443 angegeben, das sind 75 weniger als im Vorjahre. Dagegen werden nichtplanmäßige Beamte mit 4356 ausgewiesen, das sind 28 mehr als im Vorjahre. Die Zahl der ständigen und nichtständigen Lehrer an Volks- und Berufsschulen wird für 1931 mit 16 955 ausgewiesen, das sind 3 weniger als im Vorjahre.

Der Gesamtaufwand für Bauten ist mit 9 502 950 RM angesetzt (1930 13 059 810 RM). Hieron entfallen auf bereits in Ausführung begriffene Bauten 3 194 060 (4 439 850), für Neubauten 483 200 RM (1 668 300 RM), auf laufenden Bauaufwand 5 825 690 RM (6 951 660 RM).

Im übrigen wird noch betont, daß sich die Verhältnisse auf dem Holzmarkt gegenüber dem Vorjahre noch verschlechtert hätten. Man muß deshalb trotz der starken Verabfolgung der Ausgaben mit einer Minderung des Ueberflusses rechnen. Die bei den gewerblichen Betrieben der Bergverwaltung erwarteten Gewinne mühten zur Abdeckung der Verlustvorräte verwendet werden. Ueber die Porzellanmanufaktur Meissen werde dem Haushaltsausschuß eine Denkschrift zugehen. Für die Gründung einer Hafenbetriebsgesellschaft und die pachtweise Uebernahme der Häfen- und Umschlagplätze sei der 1. April 1931 in Aussicht genommen. Für 1931 könne von der neuen Gesellschaft noch kein Nachtrag erlangt werden. Bei den städtischen Kraftwagenlinien sei infolge der ungünstigen Wirtschaftslage ein Rückgang in der Beförderungsleistung von etwa sechs Millionen Fahrgästen, das sind 17 Prozent, zu verzeichnen. Bei der Kraftverkehr Freistaat Sachsen A.G. werde auch für das Jahr 1930 ein einigermassen befriedigendes Ergebnis erwartet. Der Luftverkehr habe sich im Jahre 1930 verhältnismäßig günstig entwickelt. Der Kilometerbeihilfeschlag habe weiter gesenkt werden können.

Wie in den beiden letzten Rechnungsjahren sei es auch für das Rechnungsjahr 1931 nicht möglich, die vorgelegene Summe von 23,59 Millionen Reichsmark für die einmalige Instandsetzung der Staatsstraßen aufzurufen. Man müsse sich auf das unbedingt Notwendige beschränken. Die Staatsleistungen für die Evangel.-luth. Landeskirche seien dem Abstandsverträge entsprechend auf 1,42 Millionen Reichsmark erhöht worden. Außerdem seien in

Chemnitz. Täglich überfahren. Am Freitag abend, gegen 7 Uhr, fuhr auf der Bismarckstraße, hinter dem Opernhaus, ein 14-jähriger Schulknabe, als er die Straße überqueren wollte, von einem Personentransportwagen erfasst und eine Strecke fortgeschleppt worden. Der Knabe wurde mit schweren inneren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht, wo er inzwischen gestorben ist.

Chemnitz. 50-jähriges Buchdruckerjubiläum. Die Mittelschule Chemnitz im Verbande der Deutschen Buchdrucker beging gestern die Feier ihres 50-jährigen Bestehens. Aus diesem Anlaß fand am Sonntag vormittag eine Vortragsfeier in der Stadthalle statt. Zum Jubiläum ist eine von Paul Dörmann und Carl Seiler verfaßte reichhaltige Festschrift erschienen.

Chemnitz. 50 Jahre Höhere Handelschule. Die städtische öffentliche Höhere Handelschule feiert am 15. März d. J. die Feier ihres 50-jährigen Bestehens. Die Schule wurde im Jahre 1881 von weitblickenden, energiegelassen Kaufleuten gegründet. Ostern 1936 wurde sie zur Höheren Handelslehranstalt erhoben, deren Abgangsjugend nach dreijährigem Besuche die Oberstufe der Reife verleiht.

Chemnitz. Kommunist verlegt eine Frau schwer. Am Sonnabend (14.) auf dem Johannisplatz der Kommunisten die Wachen aus Oberstraßen auf den Nationalsozialisten verlegte. Das Verbrechen ging aber fehl und traf eine vorübergehende Frau in den Hals. Die Frau mußte in den nächsten Augenblick ins Krankenhaus eingeliefert werden. Dem Kommunisten die Wachen gelang es zu entkommen.

Chemnitz. Textilarbeiter streiken. Hier fand eine große aufgezogene Textilarbeiterversammlung statt, in der ein Streik beschlossen werden sollte. Von 5000 Textilarbeitern des städtischen Bezirks waren der kommunistischen Aufrufbeilage etwa 250 Mann nachgekommen, von denen sich der überwiegende Teil aus Erwerbslosen und Angehörigen anderer Berufe rekrutierte. Angesichts dieses Misserfolges trat der Streikführer den Rückzug an und gab bekannt, daß der Streikbeschluss nicht in der Versammlung, sondern in den einzelnen Betrieben gefaßt werden solle. Man ist sich jedoch darüber klar, daß die einheimischen Textilarbeiter der kommunistischen Streikparole keine Gefolgschaft leisten werden.

Chemnitz. Verhaftung eines Schwindlers. Ansehnlich zu werdenden für den Stahlhelm traten hier zwei Erwerbslose auf. Sie besuchten Geschäfte und Gastwirtschaften, um dort, ohne irgend eine Bitte zu haben, Gelder für den Stahlhelm zu sammeln. Sie leiteten lediglich einen Stahlhelm in Miniaturform als Ausweis vor. Da sie angegriffen und ausbleibend waren, wurden sie festgenommen, als Schwindler entlarvt und dem Amtsgericht übergeben.

Chemnitz. Politische Schlägerei. Nach einer Verberührung von Differenzen im Deutschen Kaiser Saal am Sonntag abend zwischen Angehörigen der Nationalsozialisten und Kommunisten zu einer Schlägerei. Dabei erhielt einer der Teilnehmer einen Messerstich ins Gesicht, der seine sofortige Überführung ins Krankenhaus erforderlich machte. Eine vom alarmierten Polizeikommando vorgenommene Waffensuche war ergebnislos.

Chemnitz. Verhaftung eines Einwohners. Frau Ernieke verw. Weichenbach, wohnhaft Chemnitz, Straße 75, konnte bei hoher Mäßigkeit ihren 93. Geburtstag begehen. Frau Weichenbach ist eine geborene Meitnerin. — Seinen 80. Geburtstag konnte Herr Obermeister a. D. Paul Maier feiern, der seinen Lebensabend im häuslichen Biederheim verbringt.

Chemnitz. Todesfälle. Der 78 Jahre alte Schuhmachermeister Robert Mühlmann starb am Donnerstag abend auf der Straße und zog sich eine Gehirnerschütterung und leichte Kopfverletzungen zu. Im Krankenhaus ist Mühlmann seinen Verletzungen erlegen. — Die Ehefrau des Friseurs Barthel wurde in ihrer Wohnung von einem Unwirthlichen getötet. Dabei riß sie den Kopf von Gustocher ab, so daß die Flamme verlosch. Das Gas strömte ungehindert aus und als die Angehörigen in die Wohnung traten, war der Tod durch Gasvergiftung bereits eingetreten.

Mühlberg (Ost). Ein schweres Stild Kommunalpolitik. Mit großen Schwierigkeiten kämpften Mühlberg Stadtverordnete um einen neuen Beigeordneten. Nachdem man nach der Wahl der preussischen Gemeindeparlamente zunächst einen Stadtverordneten gewählt hatte, dessen Bestätigung die Regierung ablehnte, weil er den Nationalsozialisten nahestand, wurde im zweiten Wahlgang ein im Urzustand lebender Gewerbetreibender gewählt, der wenige Wochen darauf starb. Auf den wieder vertauschten Beigeordnetenstuhl wählte die Mehrheit abermals den nicht beständigen Freund der NSDAP. — mit dem erwarteten Erfolg, daß die Bestätigung abermals verweigert wurde. Beim dritten Wahlgang einigte sich die Mehrheit auf einen Justizbeamten, dem nunmehr von seiner Dienstaufsichtsbehörde, dem Oberlandesgerichtspräsidenten, die Genehmigung zur Übernahme des Ehrenpostens aus dienstlichen Gründen verweigert wurde. Die Stadtverordneten werden sich also wohl oder übel ein fünftes Mal mit der Wahl eines Beigeordneten beschäftigen müssen.

Demonstrationsverbot in Dresden und Leipzig. Dresden. Für die Zeit vom 24. Februar bis zunächst zum 3. März d. J. sind vom Polizeipräsidenten

alle Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge in der Stadt Dresden verboten worden. Das Verbot ist auf die kommunistische Propaganda zurückzuführen, die befürchten läßt, daß der sogenannte Weltkampf gegen die Arbeitslosigkeit oder auch gegen Hunger und Mangel am 26. d. Mts. sich zu einer unmittelbaren Gefahr für die öffentliche Sicherheit auswähle.

Leipzig. Um Störungen des Verkehres zu verhindern, hat das Polizeipräsidentium Leipzig das bereits bestehende Verbot von Umzügen und Versammlungen unter freiem Himmel im Stadtteil auf die Zeit vom 24. Febr. bis 7. März 1931 für das gesamte Stadtgebiet ausgedehnt.

Politische Kundgebungen in Sachsen.

Dresden. Die Axt von Nationalsozialisten und Reichsbanner angeleitete Demonstrationen konnten im wesentlichen ohne Störung durchgeführt werden. Die Nationalsozialisten sammelten sich um 8.30 Uhr vormittags und zogen in mehreren Rügen durch die Straßen der inneren Stadt. Die Kundgebung, an der schätzungsweise 2500 Personen teilnahmen, endete mit einer Versammlung auf dem Theaterplatz, wo der Sachverhalt der NSDAP in einer Rede dargestellt wurde. Von kommunistischer Seite wurden an einzelnen Stellen Störungen versucht, die aber von der Polizei, die mit großem Aufsehen erschienen war, mühelos im Keim unterdrückt werden konnten. In der in den Mittagsstunden auf dem Theaterplatz stattfindenden Kundgebung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold nahmen nach polizeilicher Schätzung etwa 5000 Personen teil. Neben dem Reichsbanner waren auch sozialdemokratische Organisationen vertreten; und außer schwarzroten Fahnen sah man auch einzelne rote Fahnen im Zuge. In den Mittagsstunden feierte auch die Dresdner Ortsgruppe des Stahlhelms in geschlossener Formation in Stärke von etwa 600 Mann nach einem Umzug durch die Stadt zurück. Der Zug löste sich in der Alsterstraße auf. Auch hier ist es zu keinen Zwischenfällen gekommen. Es herrschte den ganzen Tag über unruhigste Ruhe bei leichtem Schneetreiben, das bis in die Abendstunden anhielt.

Leipzig. Die am Sonntag von Reichsbanner und NSDAP veranstalteten politischen Versammlungen sind ohne wesentliche Zwischenfälle verlaufen. Politisches Gerede machte sich lediglich wegen zweier Vorformulierungen. In der 2. Nachmittagsstunde kam es in der Nähe des Volkshauses zu einem unbedeutenden Zwischenfall zwischen etwa 50 Nationalsozialisten, die nach dem Marschieren, und dem Demonstrationzug des Reichsbanners. Die Polizei nahm dabei zwei jugendlichen Nationalsozialisten einen kleinen Revolver und eine Schrotflintenpistole ab. Die beiden gehen an, daß ihnen diese Waffen kurz zuvor von Nationalsozialisten in die Hände gekommen seien. Gegen 4 Uhr nachmittags wurden an der Renaissanzhäuser- und Merseburger Straße 2 Nationalsozialisten von Kommunisten gefaßt und leicht verletzt. Die herbeigerufene Polizei konnte weitere Tätlichkeiten verhindern und gerante kommunistische Versammlungen.

Chemnitz. Am Sonntag wurden von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und der Chemnitzer Ortsgruppe des Reichsbanners Kundgebungen und Demonstrationen veranstaltet, die ohne die geringsten Zwischenfälle verliefen.

Der Jungdeutsche Orden für das Volksbegehren.

Solms (Hunsrück). Auf einer hier abgehaltenen Tagung des Jungdeutschen Ordens gab der Hochmeister Arthur Madsen die Stellungnahme des Jungdeutschen Ordens zum Stahlhelm-Volksbegehren auf Anfrage des preussischen Landtages bekannt. Er sagte, es sei sehr richtig, sich gegen ein Parlament zu wehren, das nicht mehr dem Sinne der preussischen Bevölkerung entspreche. Daher werde der Jungdeutsche Orden empfindlich im Sinne dieses Volksbegehrens zu stimmen. Das Volksbegehren umfasse jedoch nur einen Teil der nationalen Kräfte. Es sei notwendig, eine ganz große nationale Einheit herzustellen, um das Verbrechen der Bürgerkriegsgefahr in Deutschland zu befeitigen, das dem Deutschen Reich und vor allem der deutschen Wirtschaft schweren Schaden bringe.

Haushaltsauschub des Reichstages.

Berlin. Im Haushaltsauschub des Reichstages wurden die Abkürzungen zum Haushalt des Reichsinnenministeriums vorgenommen. In der Sitzung der Sozialdemokraten erwiderte die Reichsregierung, die bei den Verhandlungen über 12 Jahre tätigen weiblichen Angestellten in die Beamtenstellen des einfachen und mittleren Bediensteten zu überführen. Eine Entschleunigung der Deutschen Vb. ersucht die Reichsregierung, unbeschadet der Vorbereitung eines neuen Beamtenrechtes für eine jeden Zweifels ausbleibende einheitliche Auslegung der Reichsverordnung hinsichtlich der Freiheit der politischen Betätigung der Beamten zu sorgen. Genehmigt wurden die Titel für die Personalangaben, ein kommunistischer Antrag, das Gehalt des Ministers zu streichen, wurde abgelehnt. Ferner wurden die Positionen für die sachlichen Verwaltungsaufgaben genehmigt.

Der Reichstag zur Schweizer Grubenkatastrophe.

Berlin. (Funkspruch.) Reichstagspräsident Lohse eröffnet die Sitzung um 3 Uhr mit einer von dem Abgeordneten Heßler angelegten Rede, in der er die Opfer der Grubenkatastrophe auf der „Schweizer Grube“ gedenkt und den Hinterbliebenen das Mitgefühl des Reichstages ausdrückt.

Die Kommunisten verlangen die sofortige Beratung eines Antrages, der die Bewilligung von 3 Millionen für die Hinterbliebenen, eine strenge Untersuchung der Ursachen und die sofortige Verhaftung der verantwortlichen Verantwortlichen fordert.

Abg. Müller (SPD.) erklärt unter lauten Entrüstungskundgebungen der Kommunisten, nach der neuen Geschäftsordnung müsse dieser Antrag, weil er eine finanzielle Forderung enthält, zunächst im Haushaltsauschub behandelt werden und durch eine Deckungsvorlage ergänzt werden.

Abg. Müller (Zentrum) erklärt sich damit einverstanden, daß der Antrag ohne Aussprache dem sozialpolitischen Ausschub übergeben wird.

Abg. Eißler (SPD.) erklärt, seine Freunde würden zur Deckung die veranschlagte Vermögens-, Dienst-, und Aufsichtsbürokratie-Verordnung beantragen, die seinerzeit durch die Schuld der Nationalsozialisten abgelehnt wurde.

Abg. Müller (Zentrum) erklärt sich damit einverstanden, daß dieser Antrag ohne Debatte dem Haushaltsauschub übergeben wird.

Abg. Eißler (SPD.) verlangt die Annahme des Antrages ohne Ausschussberatung. Dem wird widersprochen, so daß der Antrag nicht auf die heutige Tagesordnung gesetzt werden kann.

Der Reichstagsrat des Reichstages.

Hier heute vor der Plenarversammlung eine Sitzung ab, an welcher auch der Vorsitzende der Nationalsozialistischen Fraktion, Dr. Oberfohren, teilnahm. Dr. Oberfohren beilegte sich an den Debatten, beschränkte aber nicht die Frage der Stellungnahme seiner Fraktion an den Plenarversammlungen.

Der nat. los. **Abg. Eißler** hat sich vor zwei Tagen als Mitglied des Reichstagsrates anstelle seines Fraktionsgenossen Heßler eintragen lassen, nahm an der heutigen Sitzung des Reichstagsrates aber nicht teil.

Der Reichstagsrat beschäftigte sich ferner mit dem Ersuchen des **Abg. Eißler**, die Diätenanträge der NSDAP im Plenum in Abwesenheit dieser Partei zu verhandeln und dabei die 107 nat. los. Stimmen trotz ihrer Abwesenheit als für die Diätenanträge abzugeben anzusehen und mitzuzählen. Der Reichstagsrat lehnte sich für die Meinung des Reichstagspräsidenten an, daß die Mitzählung abwesender Stimmen nicht möglich sei und daß die Antragsteller selber dafür sorgen müßten, daß ihre Anträge auf die Tagesordnung gesetzt würden.

Sechste Funkprüf-Redungen und Telegramme vom 21. Februar 1931.

84 000 RM. Versicherungsbeitrag in Glienitz. Potsdam. (Funkspruch.) Die Versicherungsanstalt Glienitz hat 84 000 RM. erbracht. Dazu kommen jetzt noch die Beiträge aus etwaigen Freibandverträgen.

Schiff in Seenot. Y Paris. Nach einem Funkpruch, der in Marseille angekommen wurde, befindet sich das englische Schiff „Baron Sempill“ im Mittelmeer in Seenot. Ein Schlepper ist aus Marseille ausgelaufen, um ihm Hilfe zu leisten.

Die Affäre Dreyfus und die Camelots du Roi. Paris, 20. Februar. Bei der gestrigen Vorführung des Stückes „Die Affäre Dreyfus“ wurden von Camelots du Roi wiederum Steinwürfe geworfen. Nach Schluß der Vorstellung wurde ein Schamptier, der in dem Stück mitwirkte, von einer Anzahl Camelots du Roi auf der Straße überfallen und unter den Rufen „Es lebe Frankreich! Nieder mit den Juden!“ geschlagen. Zwölf Verhaftungen wurden vorgenommen.

Unruhen in Sabana. Y Sabana. Als die Polizei gestern abend eine Ansammlung zu zerstreuen versuchte, kam es zu einer Revoluzzererei, in deren Verlauf zehn Polizisten und 50 Arbeiter verletzt wurden. 17 Studenten wurden wegen aufrührerischer Tätigkeit verhaftet. Unter ihnen befinden sich die Söhne und Löhner mehrerer führender Kubaner. — Nach einer weiteren Meldung explodierten gestern abend in verschiedenen Teilen der Stadt insgesamt 13 kleine Bomben, eine davon in dem Häuserblock, in dem die Polizeidirektion liegt. Der angerichtete Schaden ist indes gering. Die Behörden haben die Personen einberufen.

DHV. Morgen Dienstag, d. 24. Februar, 20 Uhr im Heim Abhaltung einer improvisierten Arbeitsgerichts-Sitzung mit Erklärung aller Rechtsvorgänge durch Polzei. Arno Rambach, Dresden. Der Vorstand.

MOST Beste Pralinen
endlich für jeden eine billige Freude

Wir empfehlen:
Kabinett-Mischung jetzt 130g RM 1.— früher 125g RM 1.50
Splendin-Mischung jetzt 140g RM 1.— früher 125g RM 1.25
Preis von Wiesbaden jetzt 125g RM 1.— früher 125g RM 1.50
Dattlerkrokant jetzt 180g RM 1.— früher 125g RM 0.90

Erdbeeren in Weinbrand jetzt 135g RM 1.— früher 125g RM 1.25
Mostkugeln, Relieffart. Pral. m. Schok.-Krom jetzt 110g RM 0.50 früher 125g RM 0.70
und vor allem
Mokkotten jetzt 120g RM 0.50 früher 125g RM 0.80

Unsere Waren sind nur erhältlich in unserer neuen Filiale:
Hauptstraße 32
gegenüber dem Durchgang
MOST
KAKAO- UND SCHOKOLADENFABRIKEN, HALLE (SAALE) :: GEGRÜNDET 1859

6. Landesverbandstagung

des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände in Riesa.

Die Arbeitnehmer zur Wirtschaftskrise.

Der Landesverband Sachsen im Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände versammelte sich zu seiner diesjährigen Tagung in den Räumen unserer Stadt Riesa, um in Verbindung mit der Beratung von organisatorischen Fragen besonders zu der schweren Wirtschaftskrise Stellung zu nehmen. Zahlreich waren die Delegierten der Verbände und Ortsgruppen aus ganz Sachsen erschienen, die bereits am Sonnabend nachmittag ihre Beratungen begannen.

Begrüßungsabend.

Im Ehren der auswärtigen Tagungsteilnehmer veranstaltete die Riesaer Ortsgruppe des G.A.M. im Saale der „Elderrasse“ am Sonnabend einen Begrüßungsabend, um die Beratungen durch einige Stunden geselligen Beisammensitzens zu unterbrechen. In dieser Veranstaltung hatten sich außer den Delegierten eine stattliche Anzahl Kollegen und Kolleginnen und sonstige Gäste eingefunden. Der Vorsitzende des Festausschusses, Herr W. Bode, eröffnete den Abend mit herzlichen Willkommensgrüßen und wünschte allen eine fröhliche Stunde. Ein kleines Orchester — Klavier, Geige, Cello — sorgte für musikalische Unterhaltung. Die zu Gehör gebrachten Musikstücke wurden dankbar und beifällig aufgenommen. Die Vortragssoliste verzichtete außerdem noch mehrere gesungene Darbietungen, die ebenfalls sehr guten Anklang fanden. Die Konzertleiterin Fräulein Gerber und Konzertführer Bartholomäus, erkrankt ausgefallen, mit einer sarten, wohlklingenden Sopranstimme, leitet mit frischem, fröhlichem Tenor, sangen abwechselnd Auserlesenes aus dem Vortragsprogramm, am Klavier vom Pianisten Kurt Reinerz begleitet. Ein munteres Potpourri beschloß den unterhaltenden Teil des Festabends und leitete über zum Tanz, dem fleißig gebührt wurde. — Bereits früh 9 Uhr begann am Sonntag für die Mitglieder die Arbeitstagung, so daß die schlichte, aber würdige Begrüßungsfeier bald nach Mitternacht beendet werden mußte.

Die 6. Landesverbandstagung

Das Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, die am Sonnabend und Sonntag in der „Elderrasse“ stattfand, wurde am Sonntag früh 9 Uhr vom 1. Vorsitzenden, Herrn Eduard Sauer, Leipzig, eröffnet. In einer warmen Begrüßungsansprache konnte er zahlreiche Abgeordnete und Gäste willkommen heißen.

Den inhaltreichen Jahresbericht erstattete der Geschäftsführer des Landesverbandes, Herr Walter Franke, Leipzig. Er führte aus, daß die katastrophale Entwicklung des Arbeitsmarktes und die im verstärkten Maße eingetretenen Spannungen in der Wirtschaft, die seit der letzten Landesverbandstagung eingetreten waren, von niemand vorausgesehen war. Wenn trotz der ungeheuren Krise, unter der die deutsche Wirtschaft leidet, die Entwicklung des Landesverbandes Sachsen einen Aufschwung erfahren konnte, dann darf diese Feststellung mit besonderer Benützung ausgesprochen werden. Die Mitgliederbestände haben eine erhebliche Steigerung erfahren. Mannigfaltige Aufgaben waren zu bewältigen. Die Zahl der Arbeitssicherer und Verbandarbeitssicherer, die dem Gewerkschaftsring angehören, konnte erhöht werden. Mit der sächsischen Regierung haben wiederholt Besprechungen über die arbeitsmarktpolitische Lage stattgefunden, in der die Führung der Arbeitszeit eine besondere Rolle gespielt hat. Auf Einladung des sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums wurde das Arbeitszeitproblem eingehend unter dem Vorsitz des Herrn Innenministers Richter mit den Arbeitgebervertretern erörtert. Wenn diese Besprechung auch noch kein befriedigendes Ergebnis bringen konnte, so wurde doch immerhin erreicht, daß das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium die Initiative ergriffen hat, die Gewerbeaufsichtsdirektoren, Kreisbauernvereine und Gemeinderäte anzuweisen, auf die Gewerbebetriebe dahingehend einzuwirken, daß durch Kürzung der Arbeitszeit die Einstellung von Arbeitslosen möglich ist. Außerdem soll versucht werden, bei geeigneten Betrieben durch Bereitstellung kommunaler Mittel eine sich durch diese Maßnahme ergebende Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge zu vermeiden. — Entscheidend hoch waren im Verlaufe der Besprechungen und die durch hervorgerufenen Entlastungen von Arbeitnehmern in industriellen Betrieben. Immerhin ist es möglich gewesen, in einer Reihe von Fällen durch Sanierung eine Stilllegung zu vermeiden. Erfreulich war auch die Zusammenarbeit mit dem sächsischen Landtag und den Gemeindeparlamenten durch die zahlreichen Mitwirkenden, die in diesen öffentlichen Körperlichkeiten vertreten sind. Die tätige Mitarbeit in den Wirtschaft- und Betriebsrätschen und die Förderung bildender Maßnahmen sind ein weiterer Schritt gewesen auf dem Wege der Arbeitnehmer, neben der ihm gesetzlich gewährleisteten Anerkennung auch die wirtschaftliche Anerkennung zu erlangen. Die Betriebsrätschen hat wesentliche Fortschritte erfahren. Der Ausfall der Betriebsratswahlen zeigte, daß im Freistaat Sachsen die freibeiwillig-nationale Richtung eine führende Stellung erreicht hat.

Die von den Vertretern sehr beifällig aufgenommenen Worte wurden mit einem „Gloria“ für die künftige Arbeit des Gewerkschaftsrings zum Wohle der Arbeitnehmerschaft und des Staates geschlossen.

Vormittags 11 Uhr fand dann eine eindrucksvolle, gut besuchte

Öffentliche Rundgebung

ebenfalls im Saale der „Elderrasse“ statt. Die sächsische Regierung und sonstige amtliche Stellen hatten Vertreter entsandt. Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider war am Erscheinen verhindert. Er hatte dies in einem Schreiben mitgeteilt mit dem Wunsch besten Erfolges der Tagung. Mehrere Herren der Riesaer Industrie wohnten ebenfalls der Rundgebung bei.

Nachdem der Vorsitzende des Landesverbandes im Gewerkschaftsring, Herr E. Sauer, Leipzig, die Versammlung eröffnet und die Herren Ehrenäste und alle übrigen erschienenen Damen und Herren herzlich willkommen geheißen hatte, übermittelte zunächst der Vertreter der Staatsregierung, Herr Oberregierungsrat Palucha, die Grüße u. a. des Herrn Ministerpräsidenten und des Herrn Mini-

sterialministers. In seiner Ansprache betonte er, daß die außerordentliche wirtschaftliche Notlage auch der sächsischen Staatsregierung große Sorge bereite und daß sie sehr gern bereit sei, helfend einzugreifen. Das beste Mittel, die Krise zu beheben, sei natürlich, Arbeit und Verdienstmöglichkeit zu beschaffen. Die Regierung sei eifrig bestrebt, dem sächsischen Staate, der bekanntlich durch die Wirtschaftskrise am härtesten in Mitleidenschaft gezogen werde, größere Mittel vom Reiche zu verschaffen. Die sächsische Industrie müsse einen größeren Reichsanteil erhalten als bisher. Die zur Verfügung stehenden Mittel des staatlichen Ausgleichsfonds seien ebenfalls sehr bescheiden und wirkten wie ein Tropfen auf einen heißen Stein. Die Staatsregierung sei sich dessen wohl bewußt, daß unter der schweren Notlage besonders auch die Arbeiter und Angestellten moralisch leiden. Man werde nicht umhin kommen, eine angemessene Rationalisierung der Arbeit durch Arbeitszeiterkung herbeizuführen, um dadurch einen Teil des gemaltigen Erwerbslosenbezuges der Produktion aufzuheben zu können. Dieser Plan beschäftige die zuständigen Stellen und er werde nicht aufgegeben. Die Bemühungen, die Arbeitslosen unterzubringen, würden fortgesetzt. Die wirtschaftliche Krise bestehe bekanntlich nicht allein in Deutschland, sondern sei überall spürbar. In Deutschland sei die Angestellten- und Arbeiterschaft außerordentlich hoch intelligent, so daß man die Hoffnung auf Behebung der gesamten Industrie nicht aufgeben dürfe. Viehmacherei führe allerdings nicht zum Ziele, sondern nur tatkräftige Mitarbeit aller Kreise. In diesem Sinne wünsche er der Tagung besten Erfolg.

Die Arbeitnehmer zur Wirtschaftskrise.

Über dieses Thema sprach der Leiter des Gewerkschaftsbundes der Angestellten für den Freistaat Sachsen und gleichzeitig Vorsitzender des Gewerkschaftsrings in Leipzig, Herr E. Bierwirth. Er ging zunächst auf die chemische Wirtschaftstagung ein. Er unterstrich die besonders große Not, die in Sachsen vorherrscht und führte als Beweis die große Erwerbslosenziffer am 15. Januar 1931 an — rund 582 000 —, das sind 11,3 Prozent der gesamten sächsischen Bevölkerung. Die auf der Chemischer Tagung hervorgetretene Unzufriedenheit über die mangelnde Berücksichtigung bei der reichsweiten Auftragsverteilung sei durchaus berechtigt. Wenn Sachsen bei der Post nur mit 2,9 Millionen Aufträgen gegenüber Brandenburg mit 66,2 und bei der Verteilung der Reichsaufträge insgesamt mit 41,2 Millionen gegenüber

Rheinland mit 249,2 Millionen
Brandenburg mit 182 Millionen
Westfalen mit 72,8 Millionen usw. usw.

bedacht wurde, dann ist hier die Forderung nach einer Änderung durchaus berechtigt und das um so mehr, als das Durchschnittsergebnis in Sachsen pro Kopf 78,1 Reichsmark beträgt gegenüber dem Reichsdurchschnitt von 55 Reichsmark, also um 37 Prozent höher. Über darüber hinaus habe die Wirtschaftstagung in Chemnitz wieder die Klagen über die zu hohen Löhne in Sachsen, aber eine klare Forderung nach Senkung und den politischen Dilettantismus erhoben. Solche immer wiederkehrenden Klagen seien nicht geeignet, bei der Arbeitnehmerschaft das Vertrauen zur sächsischen Wirtschaftsführung besonders zu festigen. Bezeichnend sei auch gewesen, daß man in Chemnitz so einmütig den Schrei nach Staatshilfe ausgestoßen habe. Für die Arbeitnehmer unverständlich, weil es ihnen immer verarzt worden sei, wenn sie ihrerseits den Schutz und die Hilfe des Staates verlangten, leblich, um sich vor äußerster Not und allgemeiner Benachteiligung zu schützen.

Dieser Ruf nach Abbau alles dessen, was sozialen Schmutz für den Arbeitnehmer bedeutet, um aus dieser Wirtschaftskrise herauszukommen, werde allmählich als eine hilflose Einseitigkeit unserer Wirtschaftsführung gedeutet.

Der Vortragende geht dann zunächst auf die schlechte Wirtschaftslage selbst und deren Ursachen ein und weist darauf hin, daß die jährlichen Belastungen aus dem Pöungplan in Höhe von 1,8 bis 2 Milliarden eine der wichtigsten Ursachen sei. Die Erleichterung von diesen Belastungen oder besser gesagt die Beseitigung dieser Lasten, die sich nicht nur für uns, sondern für die Dauer auch für die ganze Weltwirtschaft hemmend auswirken, sei eine Forderung, die von allen Teilen des deutschen Volkes erhoben würde, und zwar mit Nachdruck. Es läme selbstverständlich bei dieser Forderung allerdings weniger darauf an, daß sie vollständig erhoben würde, als vielmehr darauf, den richtigen Zeitpunkt abzuwarten, der auch einen Erfolg verspricht. Doch das sei eine politische Frage, die mit Zähigkeit und vor allem mit dem notwendigen politischen Fingerzeiggefühl behandelt werden müsse. Ueber diese Belastungen hinaus müsse aber auch daran erinnert werden, daß uns durch den Weltkrieg Abgabebiete verlorengegangen seien, die nicht ohne weiteres zurückgewonnen werden könnten. Beispielsweise: Die während der Kriegszeit gut ermittelte Baumwollindustrie in Indien. Die Indier verarbeiten ihre Baumwolle jetzt selbst, während in der Vorkriegszeit ein sehr großer Teil in Deutschland verarbeitet und an Indien in Form von Katun usw. zurückgeliefert worden sei. Ferner seien neue Wirtschaftskräfte entstanden, beispielsweise für die Agrarwirtschaft in Ägypten, U.S.A., Kanada usw., die industrielle Produktion in Holland, Tschechoslowakei, Polen, in Uebersee (Brasilien und Indien usw.), die ebenfalls zu einem großen Teil wenigstens als Absatzmarkt für Deutschland außer Betracht gelassen werden müßte. Insbesondere sei bei den neuen europäischen Industriestaaten ein harter Gang zu einer nationalen Wirtschaft vorhanden, der allerdings kaufmännisch und kalkulationsmäßig kaum begründet werden kann. Ferner müsse mit dem Ausfall weiterer Absatzgebiete für absehbare Zeit gerechnet werden, beispielsweise Rußland und China, die aus politischen Gründen sich abzufriedeln versuchten oder durch n. St. bestehende Wirren nicht aufnahmefähig seien. Auf der ganzen Linie läge also eine Verknappung des Wirtschaftsraumes von deutschen Standpunkten aus gesehen vor.

Besonders beachten müsse man auch, daß wir vor dem Kriege nur knapp 30 Prozent unserer Produktion ausfuhrten hätten und von dieser Ausfuhr seien wiederum nur knapp 30 Prozent nach Uebersee gegangen. Ein guter Grund dafür, wie notwendig eine Verständigung gerade der Völker des europäischen Kontinents untereinander sei, Deutschland befindet sich hier also in einer Zwangslage und

muß sich schon aus reinen Vernunftsgründen neben einer fühlbaren Erleichterung der Kriegslasten eine Neuordnung des Wirtschaftsraumes und damit eine Neuordnung der Wirtschaft erheben. Das neben diesen Begleiterscheinungen auch die Weltwirtschaftskrise, der große Rückgang der Rohstoffpreise, dem sich die deutsche Preisbildung nur schwer anpassen vermöge, uns sehr stark drücke, brauche nicht besonders betont zu werden. Die von einem großen Teil der Wirtschaft immer wieder erhobene Forderung nach Senkung der Löhne, der sich die Landwirtschaft mit denselben Forderungen anschleie, sei vom Standpunkt des deutschen Arbeitnehmers gesehen kein sonderlich geeignetes Mittel zur Beseitigung.

Ein großer Teil der wirtschaftlichen Schwierigkeiten liegt aber auch in Deutschland selbst, insbesondere in der Entwicklung der deutschen Wirtschaft in den letzten Jahren. Man denke an die ungeheuren Kapitalfestlegungen und Investitionen, die bei unserer Industrie, insbesondere bei unserer Groß- und Schwerindustrie, vorgenommen wurden und die — trotzdem sie nun zu einem großen Teil brachliegen — auf eine Verzinsung drängen. Die Konzentration und die damit verbundene Umwandlung in der Groß- und Schwerindustrie ist in wirtschaftlicher Hinsicht sowohl als auch in sozialer Hinsicht ein viel anschlagenthames Moment für unsere Lage, als das allgemein angenommen wird. In dem Bericht des Enquete-Ausschusses komme das sehr klar zum Ausdruck und es sei bezeichnend, daß führende Wirtschaftler, führende Politiker und selbst der Reichsfunkler in seiner letzten Rede auf diese Entwicklung und ihre Folgen hingewiesen haben. Diese Konzentrationspolitik habe nicht nur zur Festlegung harter Kapitalien und zur übermäßigen Ausdehnung unseres Produktionsapparates geführt, sondern darüber hinaus — ganz naturgemäß — in dem Bestreben, sich möglichst frei zu machen von dem sonst in der freien Wirtschaft üblichen Risiko zu einer übermäßigen Kartell- und Monopolpolitik geführt, die sich auch auf andere Wirtschaftszweige ausgewirkt habe. Von einer freien Wirtschaft kann heute ernstlich nicht mehr gesprochen werden. Die Zeitschrift „Die Tat“ gibt dafür interessante Zahlen:

Konzernierung und Kartellierung der deutschen Industrie.

Industriezweig	Produktionswert Mill. RM.	Konzerniert Proz.	Kartelliert Proz.	Wirtsch. gebunden Mill. RM.
Bergbau				
Steinkohle	2220	96	100	2220
Braunkohle	470	90	100	470
Salz	712	95	100	712
Chemische Industrie				
Reinheitsprodukte (Ammoniak, Benzol)	162	96	100	162
Kali- und Steinöl	157	90	100	157
Schwerindustrie				
Eisen- und Metallwerke	127	96	—	120
Holzwerk	1356	95	100	1356
Waldwerke	1476	90	100	1376
Eisen- und Stahlwerke	1022	90	100	1082
Metallverarbeitung	610	80	75	458
Chemische Industrie				
Farben, Schwermetalle	4000	90	95	3800
Textilindustrie				
Seidenweberei	478	60	50	287
Wollweberei	1848	—	50	678
Baumwollweberei	1540	—	60	740
Leinenweberei	210	—	50	104
Futurweberei	141	80	88	121
Wollerei	1266	—	50	668
Nahrungs- u. Genussmittel				
Mahlmüllindustrie	2500	17	100	2500
Zuckerindustrie	600	—	100	600
Brauereien	150	80	100	150
Spiritusbrennereien	300	—	100	300
Zigarren	700	—	—	—
Zigaretten	976	80	95	926
Margarine	540	70	70	378
Delikatessen	500	—	—	—
Maschinenindustrie	2500	80	40	1000
Sonstige Fertig-Industrie				
Leber	800	10	—	80
Gummireifen	200	60	100	200
Papier, Zellulose	1000	70	100	1000
Bauhof-Industrie				
Ziegelwerke	250	—	90	226
Zement	240	66	90	216
Gesamt	29015			22551

Diese Zahlen zeigen eine Erstarrung unserer Wirtschaft, die sich gewiss nicht zum Vorteil des deutschen Volkes — sicher aber uns sozial — auswirkt. Die Leitenden dieser Entwicklung seien in erster Linie die Arbeitnehmer, daneben aber auch der sogenannte Mittelstand, die Kleineren und mittlere Industrie, Handel und Handwerk. Eine Frage an dieser Stelle sei also durchaus berechtigt:

Welches Interesse hat die sächsische Wirtschaft daran, daß sie sich so blindlings der Forderung der Groß- und Schwerindustrie und der Monopolindustrie anvertraut?

Auf den Tagungen der kleineren und mittleren Industrien, insbesondere der weiterverarbeitenden Industrien, sei wiederholt lebhaft Klage darüber geführt worden, wie Groß- und Schwerindustrie und die hinter ihr stehenden Kapitalkreise den kleinen mittelständlichen Existenzen das Leben schwer machen.

In Bezug auf die Arbeitnehmer höre man immer nur den einen Ruf, nämlich die Forderung nach Abbau der Arbeitskräfte und Löhne. Das die Gewerkschaften den Lohnabbau nicht für das geeignete Mittel halten, sei bekannt und auch die Teile der Wirtschaft, die Massenverbrauchsgegenstände herstellen und infolgedessen vornehmlich auf den deutschen Inlandmarkt angewiesen sind, begannen allmählich einzusehen, daß der immer mehr gewordene Lohnabbau zum mindesten ein sehr zweifelhaftes Mittel sei. Diene der Lohnabbau aber bestimmt nicht der Förderung des Inlands-Absatzes, so sei er auf der anderen Seite auch ein sehr zweifelhaftes Mittel zur Erreichung

... dass auch die Konkurrenzländer versuchen, entweder einen gleichen Vordruck vorzunehmen oder aber durch Erhöhung der Zollmauern sich zu schützen. Es sei hier nur hingewiesen insbesondere auf die Ausführungen von Professor Dreyde, in der „Sozialen Praxis“, in denen er den Zusammenbruch der Steigerwaldischen Lohnpolitik ankündigt.

Von der Wirtschaft werde immer wieder die Forderung erhoben nach Senkung der Löhne. Der Lohn sei allerdings nur ein Teil der Kosten in unserer Produktion. Insbesondere in den großen Schlüsselindustrien seien daneben sehr hohe unabänderliche Kosten vorhanden, z. B. unveränderlich insofern, als man gern daran vorbeikommen möchte, tieferliegende Veränderungen vorzunehmen, die auch eine Senkung dieser fixen Kosten herbeiführen würden. Die Verminderung des Lohnanteils über deshalb auf die Preisgestaltung keinen so ausschlaggebenden Einfluss aus, wie das immer behauptet werde. Das Nachgeben des Reichsarbeitsministers Steigerwald gegenüber dem Druck der Wirtschaft in dieser Richtung sei jedenfalls nicht in dem Maße eingetreten, wie sie versprochen worden sei. So eine Preislenkung in der Lebenshaltung wieder ausgleichend durch neue Steuern und ähnliche Belastungen.

Das Durchgehen der Preislenkung wird gegemmt:

1. durch die Kartelle,
2. durch die Abile,
3. durch die überlegte Warenverteilung,
4. durch die bisher betriebene Preispolitik.

Ueber die Wirkung der Kartelle brauche nicht mehr gesagt zu werden.

Die Abile schließen den deutschen Verbraucher von den billigen Preisen des Weltmarktes ab. Der Abbau der Abile, zum mindesten eine erhebliche Einschränkung, sei die unausführliche Forderung der Arbeitnehmer. — Der Gewerkschaftsverband der Angestellten, angeschlossen dem Gewerkschaftsring, fordere beispielsweise einen Abbau der Abile für alle Waren, die seit dem 1. 8. 30 nicht um mindestens 10 Prozent im Preise herabgegangen sind.

Unsere Agrarpolitik habe im Augenblick im Brennpunkt der Erörterungen. So sehr wenig die Schwierigkeiten der Landwirtschaft zu verkennen seien, bestreite man doch der Landwirtschaft das Recht, sich lediglich zu halten der Verbraucher zu sanieren. Professor Dreyde stelle nicht mit Unrecht fest, daß für die Landwirtschaft an öffentlichen Mitteln aus den Schichten der Steuerzahler und Konsumenten nahezu 4 Milliarden aufgebracht worden seien. Diese 4 Milliarden bedeuteten zu ihrem großen Teil eine Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Masse. Das zeige aber auch deutlich, daß man nicht auf der einen Seite einen Export mit Mitteln des Lohnabbaues erzwingen und auf der anderen Seite gleichzeitig zum Schutze der Landwirtschaft die Lebenshaltung erheblich verteuern könne. Auf die Belastungen der Arbeitnehmer haben eine Grenze!

Ueber die überlegte Warenverteilung an dieser Stelle zu sprechen, sei unnötig; es sei nur hingewiesen auf die Spanne zwischen Großhandels- und Kleinhandels-Index. Während die Spanne 1929 noch 6,8 Punkte betrug, ist sie im Januar 1931 auf 25,2 Punkte gestiegen. Vor dem Kriege entfielen nach Prof. Dreyde von 100 Mark Warenkauf 70 auf die Produktion und 30 auf die Warenverteilung. Heute betrage das Verhältnis 67:33; das bedeute, daß bei einem Warenkauf von 80—90 Milliarden heute 5 Milliarden mehr in der Warenverteilung stecken bleiben als früher.

Zur Preispolitik der Wirtschaft sei nur auf die Doppelwirkung von Lohn und Preis hingewiesen. Lohn sei gewiss auch ein Kostensfaktor, allerdings kleiner, mit dem sich willkürlich jonglieren lasse, er sei auch gleichzeitig das Rückgrat der inneren Kaufkraft. Das werde erst klar, wenn man bedenke, daß von dem Gesamteinkommen von 70 Milliarden Mark 45—48 Milliarden auf die Arbeiter, Angestellten und Beamten in Form von Lohn und Gehalt entfallen. Jede Schwächung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeitnehmer bedeute also gleichzeitig einen Angriff auf die Fundamente der modernen, rationalisierten Wirtschaft.

Auf der gleichen Linie liege auch die immer wiederkehrende Forderung nach Abbau und Einschränkung der Sozialpolitik. Eine Frage: „Was wäre geworden bei dem großen Meer der Erwerbslosen, wenn wir beispielsweise die Erwerbslosenversicherung nicht gehabt hätten?“ Diese Frage müßten sich alle wirklich einsichtsvollen

Menschen einmal überlegen. Das selbe gelte auch für alle übrigen Zweige der Sozialversicherung. Gewiss habe auch die Arbeitnehmerschaft Reformwünsche, teilweise gingen sie sogar auseinander, aber man wolle bestimmt keinen Abbau der Versicherungsbeiträge. Die Zahlen über das Wirken der Sozialversicherung, aber die durchgeführten Selbstversicherungen, über die Förderung des Gesundheitszustandes durch die Krankenkassen usw. sollten vielmehr der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden. Die oft mehr als oberflächliche und von wenig sozialer Verantwortung zeugende Kritik würde dann bald verstummen.

Es seien aber noch viele andere Erscheinungen in der deutschen Wirtschaft, die den Arbeitnehmer immer wieder kugeln mochten und das Gefühl bei ihm bekräftigten, als wenn die Entwicklung nur alle Lasten ihm zu tragen vorbehalten habe. Man denke an das Kapital, Kapitalflucht, Entlohnung der Arbeitnehmer auf der einen Seite und die Entschädigung der Wirtschaftsführer, Aufsichtsräte usw. auf der anderen Seite.

Sehr ernstlich müsse allerdings auch einmal darauf hingewiesen werden, daß alle diese Schwierigkeiten kaum beiseite geräumt werden könnten durch eine politische Radikalisierung. Primitive politische Forderungen und ebensolche wirtschaftspolitische Utopien seien ebensowenig geeignet, dem deutschen Volke das Vertrauen des Auslandes wieder zu verschaffen, als das gegenseitige Vertrauen innerhalb des deutschen Volkes wieder herzustellen. Gegenseitiges Vertrauen und Objektivität sei aber die wichtigste Voraussetzung für eine sachliche Zusammenarbeit — und Aufbau.

Nach Auffassung der Arbeitnehmer sei notwendig:

- a) Der Preisabbau muß in wesentlich stärkerer Maße gefördert werden als bisher. Dazu gehöre vor allem die schärfste Anwendung der Verordnung gegen den Mißbrauch der wirtschaftlichen Machtstellung vom 2. 11. 1929;
- b) Die Befestigung beim Verminderung der die Lebenshaltung verteuernenden Abile, wobei nochmals auf die für die Arbeitnehmer und Verbraucher nachteilige protektionelle Förderung der Landwirtschaft hingewiesen wird.

Es müsse auch Schluß gemacht werden mit der bisherigen Lohn- und Gehaltslenkungspraxis, einmal mit Rücksicht auf die Pflege der innerdeutschen Kaufkraft, zum anderen aber auch, weil ein weiterer genereller Lohnabbau die Durchführung der nicht zu umgehenden Arbeitszeitverkürzung einfach unmöglich macht. Die Kurzarbeit, wie sie jetzt in den Betrieben angewendet werde, sei arbeitsmarktpolitisch und abfallpolitisch ungeeignet. Vielleicht könne man daran sogar eine Art Subvention an die Wirtschaft erblicken, die in dem Einkommens-Ausgleich durch Kurzarbeiter-Unterstützung liegt.

Die sofortige Umstellung des Arbeitsmarktes durch Einführung des Stufenlohn- und der Funktions-Lohnes überall da, wie die Möglichkeit dafür bestehe. Ein diesbezüglicher Gesetzentwurf sei der Regierung vom Gewerkschaftsverband der Angestellten bereits unterbreitet.

Die Einstellung der vielfach zu beachtenden Überarbeit und die schärfste Bekämpfung des Doppelverdienens-Komplexes. Ein diesbezüglicher Gesetzentwurf liege ebenfalls vor. Ferner stelle der Gewerkschaftsring die Forderung auf Abbau der Sozialversicherung gegenüber. Nur ein Teil aller der Forderungen der Arbeitnehmer kann andauerndweise wiedergegeben werden.

Es müsse beispielsweise auch eine Steuerreform gefordert werden, die klar und übersichtlich und für jeden verständlich ist. Mehr direkte Steuern und weniger Verbrauchssteuern seien notwendig.

Der Forderung auf Offenlegung der Steuerlisten könne man sich durchaus anschließen. Beispiele zur Begründung seien genügend vorhanden.

Alle vorgenannten und a. E. angedeuteten Forderungen hätten ein Ziel, nämlich den Arbeitnehmer nicht zum Almosenempfänger, sondern zum Teilhaber des Ertrages und zum Mitspracher der Wirtschaft zu machen. Wirtschaft dürfe nicht zum Selbstzweck werden, sondern müsse immer als Dienst an der Gemeinschaft angesehen werden. Die gegenwärtige Auffassung bereite den Boden für den Klassenkampfgedanken vor, der übrigens nicht nur eine marxistische Erfindung sei. Man könne auch sagen, er habe auch viele Anhänger in den Reihen der Arbeitgeber, wenn auch mit anderen Vorzeichen.

Die Wirtschaft brauche als Voraussetzung für ihre Leistungsfähigkeit leistungsfähige Angestellte und Arbeiter.

Diesen Grundgedanken müsse sich die Wirtschaft zu eigen machen, wenn sie sich nicht den Vornur machen lassen wolle, nicht im Rahmen des Volksgesetzes zu wirken.

Der Vortragende schloß seine interessanten und tief-schürfenden Ausführungen mit den Worten:

Es gibt einen grundsätzlichen Berufswettbewerb zur Verwirklichung auf der höheren Ebene der Volksgemeinschaft, der Volksgemeinschaft, in der der deutsche Mensch mit seinem Recht auf Erziehung und auf Kultur im Mittelpunkt alles staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Geschehens steht, bisher mit Recht vernachlässigt, doch bald der immer wieder und mehr aufsteigende Zweifel an der Möglichkeit unserer Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Diesen Zweifel zu beseitigen, den deutschen Arbeitnehmer in seinem Glauben an die deutsche Volksgemeinschaft zu festigen, muß vor allem auch eine Aufgabe der deutschen Wirtschaft sein.

Mit Dankesworten an den Herrn Vertreter der Staatsregierung und den Herrn Referenten, sowie an alle übrigen Anwesenden schloß der Herr Landesverbandsvorsitzende kurz vor 1 Uhr die Rundgebung.

In den Nachmittagsstunden fand die Tagung ihre Fortsetzung.

In dieser wurden interne Angelegenheiten besprochen und erledigt. Aus den Ausführungen erlangte immer wieder die Sorge um Sicherstellung der Existenz der Arbeitnehmer und die Besserung unseres kranken Wirtschaftskörpers und damit die Befundung unseres Vaterlandes.

Entscheidung.

In der die Forderungen des Gewerkschaftsrings ihren Niederschlag fanden, fand einstimmige Annahme. Sie lautet: Die zur 8. Landesverbandstagung des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamten verbundene vermittelnde Kommission der Gewerkschaftsringes wirtschaftspolitischen Situation und den daraus hervorgehenden arbeitsmarktpolitischen Krisen beschäftigt. Nach ausführlicher Aussprache werden folgende Vorschläge, die geeignet sind, uns an der Rot herauszuführen, der Regierung und der Wirtschaft unterbreitet:

Die Arbeiter- und Angestelltenchaft verlangt mit Rücksicht auf die eingetretenen direkten und indirekten finanziellen Belastungen der Arbeitnehmer und zur Erhaltung der innerdeutschen Kaufkraft, daß weitere Senkungen der Löhne und Gehälter unterbleiben. Zur Entlastung des Arbeitsmarktes muß der Stufenlohn und die Funktionslohn in den Betrieben eingeführt werden, in denen die Voraussetzungen das zulassen. Die Einführung einer Steuerreform, die die Belastungen gerecht verteilt, ist dringend notwendig. Soweit es sich um die die Lebenshaltung verteuernenden Abile (insbesondere Agrarabile) handelt, muß eine Befestigung bzw. eine Verminderung erfolgen. Die Sozialversicherung bedarf noch eines wesentlichen Auf- und Ausbaues.

Die Wirtschaft muß sich bei all ihren Maßnahmen bewusst sein, daß sie für ihre Leistungsfähigkeit leistungsfähige Angestellte und Arbeiter braucht. Sie darf nicht zum Selbstzweck werden, sondern ist immer als Dienst an der Gemeinschaft anzusehen. Die dem Gewerkschaftsring angebotenen Verbände sind bereit, in gemeinschaftlicher Arbeit an dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft mitzuhelfen.

Die Wahlen zum Landesvorstand

brachten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender E. Dietrich, Leipzig, Gauleiter im GDA. 2. Vorsitzender Ewald Bauer, Leipzig. 3. Vorsitzender Reinhold Höfner, Dresden, Geschäftsführer Walter Frank, Leipzig, Kassierer Walter Schrot, Leipzig, Schriftführer Anna Bilbold, Leipzig, 1. Beisitzer Karl Förner, Dresden, 2. Beisitzer R. Kalweit, Leipzig, 3. Beisitzer Otto Bruner, Leipzig. Es ist bemerkenswert, daß die Wahlen durch Stimmenverteilung einstimmig erfolgten und auch eine neue Satzungsänderung einstimmig verabschiedet wurde.

Die Tagung fand mit einem machtvollen Schlußwort des Vorsitzenden Bauer, Leipzig, in dem das Gelübde zur Mitarbeit aller gegeben wurde, ihren Ausklang.

Notzeitforderungen der Gewerkschaften.

Berlin. Der Zentralrat der deutschen Gewerkschaften (DZG) fordert von der Reichsregierung und dem Reichstage baldige energische gesetzliche Maßnahmen zur Wahrung der Arbeitslosigkeit durch möglichst weitgehende Einschränkung der Beschäftigung von Doppelverdienern, soweit nicht für sie der Nachweis einer Erwerbsbedürftigkeit erbracht wird. Dieses Ziel soll erreicht werden durch eine Verschärfung des Besondereinstellungsbeschränkungs, der eine Kürzung des Ruhegeldes vorsehen muß und zwar in dem Umfang, in welchem das Gesamteinkommen aus Beschäftigung und Pension das frühere Dienstverdienst übersteigt, durch ein Verbot bzw. eine Zurücksetzung der Genehmigung zur Übernahme außerdienstlicher Nebenarbeiten für alle Beamten, durch ein Gesetz, das die Einstellung von Pensionären und Wartgeldempfängern nur durch den öffentlichen Arbeitsnachweis möglich macht. Die Einstellung darf aber nur erfolgen, wenn andere geeignete Arbeitskräfte nicht gemeldet sind, und wenn die Besätze der Pensionäre einen gewissen Existenzgrad nicht erreichen. Auch die Beschäftigung von Ehefrauen muß eine Einschränkung erfahren, soweit deren Ehemänner ein selbststehendes Mindesteinkommen haben. Die Erleichterung der Beschäftigung kann durch eine Sonderbelastung in Form eines Sonderbeitrages zur Arbeitslosenversicherung für diese beschäftigten Ehefrauen, die nicht als erwerbsbedürftig anzusehen sind, erzielt werden. Der Zentralrat fordert ferner eine Verordnung zur Einführung einer 40-stündigen Arbeitswoche, sowie in allen Industriegruppen ein Verbot der über 48 Stunden hinausgehenden Arbeitszeit.

Sorderungen der Hausbesitzer.

Berlin. Die Spitzenorganisation des deutschen Hausbesitzes, der Zentralverband Deutscher Haus- und Grundbesitzervereine, hat sich, wie der Verband mittelt, erneut mit der Forderung an die Parlamente und die Reichsregierung gewandt, daß die Abgeltung für die jetzt schon vielfach zu zahlende Übergangssteuer der Aufwertungsabgaben von 5 auf 7 Prozent gesetzlich festgelegt wird. Dazu wird vom Verband noch ausgeführt: „Daß dieser Ausgleich entsprechend den Übergangssteuern vergangener Jahre auf Grund des Wertverlustes der Grundbesitzes jetzt generell erfolgen muß, ist nicht nur von der Wirtschaft anerkannt, sondern auch vom letzten Reichstag in einer Entschließung festgelegt worden. In dieser Entschließung ist auch mit Bestimmtheit von Hausbesitz und

Wirtschaft festgelegt, daß dieser Ausgleich nicht durch Mieterhöhungen, sondern durch generelle Senkung der Hauszinsen erfolgen muß. Der Hausbesitz fordert, daß die Abgeltung rechtsverbindlich generell festgelegt wird, und lehnt alle Versuche einer individuellen Abgeltung ab. Wenn der notwendige Ausgleich für die Übergangssteuer nicht sofort gesetzlich festgelegt wird, ist der Hausbesitz nicht in der Lage, die höhere Verzinsung zu zahlen, da ihm hierfür infolge der Krawallsteigerung in der Mietzinsbildung die erforderlichen Mittel fehlen.“

Hindenburg-Appeal an die Deutschnationalen

Berlin, 23. Februar.

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Wege hat an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem er u. a. an den Herrn Reichspräsidenten die Bitte richtet, dafür Sorge zu tragen, daß ungefährdet etwas Durchgreifendes für die Landwirtschaft, insbesondere des Ostens, geschehen möge.

Der Herr Reichspräsident hat hierauf dem Abgeordneten Wege folgende Antwort erteilt:

„Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Von Ihrem Schreiben vom 18. Februar habe ich mit vollem Verständnis für die im Landvolk der Grenzmark herrschende sorgenvolle und ernste Stimmung Kenntnis genommen. Ich verfolge die Lage der deutschen Landwirtschaft mit besonderem Interesse und begleiße alle brauchbaren Vorschläge zur Besserung der Not namentlich im Osten mit tätiger Mitarbeit. Durch die in den letzten Tagen vom Reichskabinett verabschiedeten Gesetzentwürfe soll dem Osten durch weitere vor der Verabschiedung stehende Maßnahmen der deutschen Landwirtschaft insgesamt eine durchgreifende und alsbaldige Hilfe gebracht werden. An meiner Mitwirkung hierbei hat es bisher nicht gefehlt und wird es auch künftig nicht fehlen. Leider muß ich aber zur Zeit Ihre und Ihrer Fraktionskollegen praktische Mitarbeit bei der Befreiung des Reiches vermissen. Ich muß daher Ihre Appell an mich damit erwidern, daß ich an Sie und Ihre Parteifreunde den dringenden Ruf richte, bei den bevorstehenden, für die deutsche Landwirtschaft lebenswichtigen gesetzgeberischen Arbeiten nicht abseits zu stehen, sondern tatkräftig mitzuhelfen. Mit freundlichen Grüßen aus Hindenburg.“

Friedensrede eines englischen Weltkrieg-Generals.

London. Der bekannte britische Generalführer, General Jam Hamilton, erklärte in einer Rede vor der British Legion, dem Verband ehemaliger englischer Kriegsteilnehmer, zur Frage des Weltfriedens, man müsse sich fragen, ob die Vorkriegszeiten irgendwelche Fortschritte auf dem Wege zur Verwirklichung des wahren Friedens machten. Bewußt oder unbewußt versuchten die Sieger von Versailles, Europa in 2 Gruppen von Nationen zu teilen, die eine reich und mächtig, die andere arm und ohnmächtig. Ein solcher Zustand, so lautet er, ist vollkommen unvereinbar mit der allgemeinen Ordnung und daher unvereinbar mit dauerhaftem Frieden. Der General fuhr fort: Als Mann sprechend, der auf der letzten Konferenz, die vergangenen Herbst in Washington neun Millionen alliierte Kriegsteilnehmer versammelte, einstimmig zum Präsidenten des Friedensauschusses gewählt wurde, ist es mir vielleicht gestattet, zu erklären, daß es so aussieht, als ob die Abrüstungskonferenz in einer Sitzung der Direktoren eines Rüstungskonzerns werden wird. Die British Legion muß erwachen. Europa kann es so nicht unbegrenzt weiter-treiben. Bald wird vielleicht mit vielen Dingen endgültig Schluß gemacht werden, darunter Kriegsschulden und Reparationen. Hamilton fuhr fort: Grobe Streitkräfte liegen in der Luft. Keine Regierung auf Erden kann ihnen Einhalt tun. Aber die vormaligen Kriegsteilnehmer Europas können vielleicht immer noch entscheiden, ob sie durch friedliche oder kriegerische Mittel zustandekommen sollen. Der General schloß: Wenn es bei der Abrüstungskonferenz in Geni zu praktischen Entscheidungen kommt, werden nur die Anstalten harter und disziplinierter Nationen gesucht werden.

Zusammenstoß beim Hittlertag in Braunschweig.

Braunschweig. Anlässlich des Hittlertages kam es in verschiedenen Teilen der Stadt zu blutigen Zusammenstößen. Am Wagenmarkt wurden 2 Teilnehmer des Parteiunges und 2 Unbeteiligte verletzt. Ein Zug von etwa 20 Nationalsozialisten wurde am Residenzmarkt überfallen, wobei es einen Schwerverletzten und zwei leichte Verletzte gab, die dem Krankenhaus zugeführt werden mußten. Eine Person wurde festgenommen, weil sie einen Schlagring bei sich führte. Bei einer Schlägerei in der Marktstraße wurden die Parteien nach Waffen durchsucht und es soll bei einem Nationalsozialisten ein Revolver gefunden worden sein. Ein früherer Polizeihauptmann erhielt einen Messerschlag. Der Täter konnte sich nicht selbst. Auch bei dem nationalsozialistischen Verbeugung ereigneten sich an verschiedenen Stellen Zusammenstöße. Dabei soll eine ganze Anzahl Personen verletzt worden sein.

32 Todesopfer in Schwelmer

Schwelmer, 23. Februar.

Die Opfer von Schwelmer-Katastrophen sind nunmehr alle geborgen. Da von den vier Schwerverletzten inzwischen zwei gestorben sind und zwei weitere Tote in der Nacht zum Sonntag geborgen wurden, sind jetzt insgesamt 32 Tote zu beklagen. Sehn Bergleute sind gasvergiftet. Unter den Toten befinden sich ein Reviervorsteher, die anderen sind Bergknappen, größtenteils unter 30 Jahre alt. 23 der in dem Grubengebäude liegenden Toten konnten festgestellt werden.

Die Sanitätsmannschaften des Schwelmer Bergvereins besaßen am späten Nachmittag des Sonnabends die Leichen der Verunglückten in schlichte schwarze Särgen, dann wurden die Leichen zu dem bei der Grube gelegenen Beizebeseitzimmer gebracht, wo ihre Ausbahrung erfolgte; die Beizehung wird wahrscheinlich am Dienstag stattfinden.

Die Reviere sind jetzt wieder in voller Ausdehnung tätig und besaßen heute die Nachmittagsbesatzung ist am Sonnabend bereits zur Hälfte wieder eingefahren.

Beileid des Reichspräsidenten

Berlin, 23. Februar.

Der Reichspräsident hat an den Vorstand des Landvolkesachen anlässlich des Grubenunglücks auf Grube Schwelmer-Reserve folgendes Telegramm geschickt:

Mit tiefer Anteilnahme erliefte ich die Nachricht von dem Unglück auf Grube Schwelmer-Reserve, das erneut das trauernde Volk mit Schmerz und Trauer erfüllt. Ich bitte Sie, den schwergeprüften Hinterbliebenen der verunglückten Bergleute meine herzlichste Anteilnahme, den Verletzten meine besten Wünsche für baldige Genesung zu übermitteln.

von Hindenburg, Reichspräsident.

Trauerfeier für die Schwelmer Opfer am Dienstag

Schwelmer. (Funkpruch.) Die Leichen der Opfer des Grubenunglücks sind jetzt in der Schächelstraße in Schwelmer aufgebahrt. Die Trauerfeier beginnt am Dienstag vormittag 10.15.

Erste Hilfe für die Opfer von Rothberg

Berlin. (Funkpruch.) Regierungspräsident St. eiler hat den Hinterbliebenen der bei der Schwelmer Bergwerkskatastrophe tödlich verunglückten Bergleute je 250 Mark als erste Hilfe aus dem Bergmannsband zur sofortigen Auszahlung überwiehen.

Die Ursache des Schwelmer Unglücks

Schwelmer, 23. Februar. Der Untersuchungsausschuss der Grubenberufungskommission Bonn, der gestern die von der Explosion betroffenen Abteilungen der Grube Schwelmer-Reserve besichtigt hat, veröffentlicht ein erstes Communiqué über seine Befunde. Danach ist das Unglück im wesentlichen auf eine Kohlenstaubexplosion zurückzuführen. Die Mitwirkung von Schlagwettern bedarf noch weiterer Prüfung. Der Hauptgrund liegt im Falsch „Großloch“ auf der 600-Meter-Sohle. Es besteht die Vermutung, daß die Explosion durch Sprengstoffe eingeleitet worden ist. Maschinen oder die beiden einzigen Benzolheizlampen, die im Revier gefahrt wurden, und zwar vom Steiger und vom Schleifmeister, kommen für die Auslösung der Explosion als Ursache wahrscheinlich nicht in Frage. Ein weiteres Communiqué wird am Montagnachmittag nach nochmaliger Befahrung der Grube herausgegeben.

Schwere Lawineneinfälle

München, 23. Februar. Eine zwischen dem Brandopfer-Sattel und der Seelachhöhe bei Lengries niedergehende Lawine hat eine aus sieben Personen bestehende Skiläufergruppe erfasst. Da die Rettungsarbeiten sofort einsehen konnten, wurden sechs Personen lebend geborgen. Der Tourist Michael Staffler aus München wurde getötet.

Wie aus Innsbruck gemeldet wird, ist am Pashertofel beim Grünen Boden eine aus fünf Personen bestehende Skiläufergruppe von einer Lawine verschüttet worden. Einer der Verschütteten konnte sich selbst befreien. Eine Dame wurde mit gebrochenen Beinen geborgen. Die übrigen sind noch unter den Schneemassen begraben.

In der zwölften Nachstunde zum Sonntag ist am Pashertofel eine neue Lawine niedergegangen, durch die sechs Mann der Rettungsexpedition verschüttet wurden. Die Verunglückten konnten durch andere Rettungsmannschaften unverletzt befreit werden. Bei der Gefährlichkeit der Arbeit und bei der Schwere der kompakten Schneemassen besteht wenig Hoffnung, daß die drei Verschütteten, die von der ersten Lawine begraben wurden, noch lebend geborgen werden können. Obgleich sich an den Rettungsarbeiten 70 Mann beteiligen, konnte noch keine Spur von den Verunglückten gefunden werden.

Schweres Zugunglück in Griechenland

Athen, 21. Februar. (Telunion.) In der Nähe der Stadt Rentation ließ heute früh ein gemischter Zugszug von Athen, der zwischen Kalamas (Kalamata) am Peloponnesischen Golf und Tripoli in der Provinz Arkadien verkehrt, mit einer aus entgegengesetzter Richtung kommenden Lokomotive zusammenstoßen. Bei dem heftigen Zusammenstoß wurden beide Lokomotiven und vier Personenwagen vollständig zerstört. Ungefähr 50 Reisende wurden verletzt, darunter 15 schwer. Nach bisher unbekanntem Meldungen sollen 15 Menschen ums Leben gekommen sein.

Rundfunkfragen im Haushaltsauschuß.

Geen die Form der antireligiösen Propaganda.

Berlin. Im Haushaltsauschuß des Reichstages wurde am Sonnabend die Aussprache zum Haushalt des Innenministeriums fortgesetzt.

Von Rednern aller Parteien wurden zahlreiche Wünsche auf dem Gebiet der Volkserziehung, des Schulwesens, der Gymnasien und der Beamtenpolitik vorgetragen.

Einen breiten Raum nahm in der Aussprache auch der Rundfunk ein. Der Zentrumsvizepräsident Dr. Köhler wies auf die volkswirtschaftliche Propaganda durch den Rundfunk hin, der im Gegensatz zu den zwischen Deutschland und Ausland bestehenden Abmachungen sich fortgesetzt unzulässiger Weise in innerdeutsche Verhältnisse einmische. Dieser für Deutschland unzulässige Zustand müsse mit allen diplomatischen und politischen Mitteln beseitigt werden.

Reichsinnenminister Dr. Wirth kündigte für die Vornahme seiner Haushaltsaufstellung eingehende Ausführungen über den Rundfunk an. Bei der Ausgestaltung des Rundfunks sei die Mitarbeit weiterer Kreise sehr wichtig. Das wichtigste Problem auf diesem Gebiet sei die Art, wie Veranstaltungen weltanschaulicher Gruppen verbreitet werden. Wenn man auf der einen Seite Toleranz übe, müßten auf der anderen Seite eine Form und ein Takt verlangt werden, ohne die derartige Übertragungen unzulässig seien. Wir leben in einer Atmosphäre von Anfeindungen weltanschaulicher Art, die schon unerträgliche Formen angenommen habe. Besonders bedauerlich sei es, daß Einseitigkeiten auch von bürgerlicher Seite kämen, also von Kreisen, die über die nötige Bildung verfügten. Die Rede des Herrn

Abteilungs im Sportpalast sei geradezu ein Rückfall in die Kulturkampfstimmungen der neunziger Jahre gewesen. Wenn das alles vorkomme, brauche man sich über die Ergebnisse weniger gebildeter Kreise nicht zu wundern. Der Minister lehnte die Unterstellung ab, daß er Freidenkertum mit Radikalismus gleichsetze. Die antireligiöse Propaganda in Deutschland vollziehe sich in einer völlig sinnlosen Weise. — Auf erregte Zurufe der Kommunisten erwiderte der Minister, daß er diese Feststellung auch im Plenum vor aller Öffentlichkeit wiederholen werde. Die von gewissen kommunistischen Kreisen gepflegte Form der antireligiösen Propaganda sei eine Insanität.

Der sozialdemokratische Abg. Bollmann verteilte gleichfalls den Standpunkt, daß es eine falsche Methode sei, wenn man gegen die Religion in roher geschmackloser Weise kämpfe. Aber gegen die Anhänger der sozialistischen Idee werde von Seiten der Kirche auch sehr oft mit mangelhafter Parteilichkeit vorgegangen. Der Redner protestierte dann gegen Ausführungen des Abg. Ministers Dr. Fritsch, die er vor Studenten und Professoren gemacht hat. Dieser deutsche Kultur- und Volksbildungsmann habe dort das deutsche Volk ein Volk der Dilettanten und Amateure genannt. Er habe ferner vom Reichstag im verächtlichen Sinne gesprochen und gesagt, daß in Berlin tagende Rumpfbörsen vertrieben nicht nach dem Rumpf, sondern nach einem tiefer liegenden Körperteil benannt zu werden. Der Redner fügte hinzu, man sollte ein Gesetz schaffen, monach bezahlte Leute erst auf ihren Weltzustand untersuchen würden, ehe sie den Posten eines deutschen Ministers erhielten.

Die lebend gewordene Landwirtschaft

Berlin. Der deutschnationale Parteiführer Dr. Gumbert hat sich im „Tag“ in einem Die lebend gewordene Landwirtschaft überschriebenen Artikel mit den landwirtschaftlichen Vorlagen der Regierung befaßt. Es sei wieder nicht Ganges und nicht Großes. Es seien wieder die alten Rattenfängermelodien vom Frühjahr 1930. Wer einmal hinter ihnen hergelaufen und durch die Linsen beleuchtet noch rechtzeitig vor dem Jauchern umgekehrt sei, werde das zweite Mal auf diese Melodien nicht mehr hereinfallen. Das Ziel der nationalen Opposition sei die Rechtsregierung in Preußen und im Reich, die mit der sozialdemokratischen Vernichtungspolitik aufträmen. Die Mitte trage die Schuld, wenn Deutschland auf die innere Gesundung, und wenn die Landwirtschaft auf die wirkliche Rettung noch bis zu den nächsten Wahlen warten müßten. Die nationale Opposition — d. h. alle, die heute außerhalb des Reichstages seien — sei jetzt auf dem richtigen Weg der Gewinnung der Herrschaft in Preußen und im Reich. Sie könnte sie morgen haben, wenn die Landwirtschaft einig wäre. Dann würde ihr und dem übrigen Volk auch wirklich geholfen werden. Das angeblich so unentbehrliche Ministerium Brüning, das nach dem 14. September ein Kabinettsmitglied mit entsprechender Beteiligung der Opposition abgeben habe, möge doch jetzt einmal zeigen, was es ohne diese Opposition könne. Möge es von der Sozialdemokratie den Preis für den Einfluß verlangen, den es ihr in Preußen und im Reich belasse. Das Kabinettsmitglied möge eigener Kraft halten, was es versprochen habe — nämlich Rettung der Landwirtschaft — oder aber abtreten. Die nationale Opposition habe den Fehlschritt am richtigen Punkt angefaßt und dürfe jetzt nicht nachlassen.

Der neue deutsche Gesandte in Warschau

Warschau. (Funkpruch.) Der als Nachfolger des verstorbenen Gesandten Rauher vorgeschlagene Ministerialdirektor von Wolke ist nunmehr zum deutschen Gesandten in Warschau ernannt worden.

Vertreter der Kriegshinterbliebenen-Organisationen beim Reichspräsidenten

Berlin. (Funkpruch.) Der Herr Reichspräsident empfing heute eine Vertretung der im Reichsverband der Kriegshinterbliebenen und Kriegshinterbliebenen-Fürsorgevereinigungen zusammengeschlossenen Organisationen, bestehend aus dem Herren Oberst a. D. von Rauch, Amtsgerichtsrat Dr. Klein und Major a. D. Goedicke, welche dem Herrn Reichspräsidenten über die in den Kreisen der Kriegshinterbliebenen und Kriegshinterbliebenen bestehenden Verhältnisse wegen des Mangels einer Umgestaltung der Versorgungsverwaltung (Versorgungskämter und Hauptversorgungskämter berichteten.

Reichskabinettsrat und Agrarprogramm

Berlin. (Funkpruch.) Das Reichskabinettsrat ist heute vormittag zur Weiterberatung des Agrarprogramms zusammengetreten. An der Sitzung nahm auch der heute aus dem Urlaub zurückgekehrte Reichsminister Dr. Curtius teil.

Der Reichstagsattentäter in Freiheit

Berlin. Der aufregende Zwischenfall, der sich am Freitag in der Wandelhalle des Reichstages abspielte, ist für den Mann, der mit einer Schredensfabrik drei Schüsse abgab und dann der Polizei übergeben wurde, glimpflich abgelaufen. Der 72 Jahre alte Kleinrentner Schmitt aus Untermitzhausen in Baden, um den es sich handelt, lebt in der Tat, wie die Festsetzungen der Polizei ergaben, in dem allerbestmöglichen Wohlstande. Er muß mit seiner Familie von einem Monatslohn kommen leben, das noch nicht einmal 70 RM. beträgt. Da Schmitt auch

auf der Polizei erklärte, daß er seine Tat bedauere und einlebe, daß man mit solchen Methoden keine vermeintlichen Anschläge nicht verhindern dürfe, hat der Leiter der politischen Polizei, Oberregierungsrat Boerke, ihn nach Beschlagnahme der Wüste mit einer Verwarnung freigelassen. Der Reichskriegsrat des Reichstages wird sich reichlich mit der Frage um beschäftigen, wie durch strengere Kontrollmaßnahmen verhindert werden kann, daß in der Wandelhalle Wiktoren aufzutreten, die nicht einmal mit weniger harmlosen Geschossen als der alte Schmitt operieren könnten.

Unwetter in Italien

32000 Todesopfer

Rom, 23. Februar. Aus ganz Italien, von den Alpen bis hinunter nach Sizilien, liegen Meldungen über schwere, tagelange Unwetter vor. Schwere Stürme, heftige Gewitter und Hochwasser haben erhebliche Schäden an Säulen und Häusern angerichtet. 32000 Personen haben den Tod gefunden und andere sind, z. T. erheblich zu Schaden gekommen. In Val Formazza bei Domodossola, wo der Schnee drei Meter hoch liegt, ist eine Lawine niedergegangen und hat sechs Arbeiter, die in einer Wasserfallanlage beschäftigt waren, unter sich begraben. In dem 1500 Meter hoch gelegenen Bergdorf Maier bei Trient gingen vom Freitag auf Sonnabend drei große Lawinen nieder; die letzte Lawine in der Frühe des Sonnabends überraschte mehrere Familien im Schloß.

Jedesmal waren Menschen in Gefahr, die aber alle aus den Schneemassen wieder befreit werden konnten. Mehrere Kinder und verschiedene Erwachsene, die bereits fast völlig erstarrt waren, konnten nur unter angelegentlichem ärztlichen Bemühen und mit künstlicher Atmung wieder ins Leben zurückgerufen werden. In einem kleinen Bergdorf bei Reggio Calabria ereignete sich ein Erdstöß, dem sechs Menschen zum Opfer fielen. Andere Unwettermeldungen liegen aus Bari und Mareggio vor. In Spezia ist ein 800-Tonnen-Segler nach einer heftigstündigen Sturmfahrt abgetrieben und schwer beschädigt eingelaufen. Ueber ganz Sizilien liegt ein ungewöhnliches Tiefdruckgebiet, das starke Stürme hervorgerufen hat.

Ein Kurzungsfall bei einer Zeichenfeier

Rom. In Parletta in der Provinz Bari brach in einem Haus während einer Trauerfeier die Decke ein. Die Einsegnung der Leiche der Verstorbenen des Sterbestimmers ein, wobei alle Anwesenden samt dem Geistlichen und dem Sarg in die Tiefe fielen. Bei den sofort durchgeführten Rettungsmaßnahmen wurden 28 Verletzte geborgen, darunter 4 in lebensgefährlichem Zustand.

Relie Melba gestorben

Sidney. (Funkpruch.) Die berühmte australische Sängerin Relie Melba ist heute verstorben.

Schredensfahrt eines Straßenbahnzuges

Sieben Schwerverletzte

Athen. Am Sonnabend ereignete sich in Athen ein schreckliches Straßenbahnunglück. Infolge Verlegens der Bremsen raste ein Straßenbahnzug in der Nähe des Athener Stadions die steile abschüssige und mit starken Kurven versehene Straße mit großer Geschwindigkeit hinunter. Er entgleiste und zerbrach in zwei Teile, wobei der eine Teil in den Fluß Ilissos stürzte, während der andere über dem Abhang hängen blieb. Während der Schredensfahrt bemächtigte sich der Infanterie eine furchtbare Panik. Sieben Schwerverletzte wurden ins Krankenhaus gebracht werden.

Idee-Kaffee noch billiger!

Nur noch

35

Von diesem behaupten tausende Konsumenten, daß sie ihn trotz ihres Herz-, Magen-, Nerven- und Gallensteinleidens ohne irgendwelche Beschwerden zu verspüren, trinken können.

J. J. DARBOVEN, HAMBURG 15

Vertreter: Willi Kochalski, Dresden A. 19
Häblerstr. 59, Tel. 30007

das große
200 g Paket

Politische Tagesübersicht.

Das polnische Schandurteil gegen Jude vom Verurteilungsbereich bestätigt. Am Sonnabend fand vor dem Verurteilungsbereich in Thorn die Verhandlung gegen den deutschen Landwirt Bruno Jude statt, der am 24. Oktober 1930 im Zusammenhang mit dem Grenzschutzfall bei Neußlitz wegen angeblicher Spionage zugunsten Deutschlands zu 11 Jahren schweren Kerker und zu 50.000 Reichsmark verurteilt worden war. Das Verurteilungsbereich hat nach einer kurzen Verhandlung hinter geschlossenen Türen das Urteil der ersten Instanz in vollem Umfang bestätigt.

Glindeburg hat an König Jozu. Reichspräsident von Hindenburg ein König Jozu folgendes Telegramm gerichtet: „Ihre Majestät spreche ich anlässlich der Errichtung von dem verabschiedungswürdigen Aktensatz voll Mitgefühl für das unglückliche Opfer aufrichtigen Gläubigers aus. (ges.) von Glindeburg.“

Der Ausweisungsbefehl gegen Hauptmann v. Malitz. Der angeführte Ausweisungsbefehl der Innbrüder Polizei gegen den aus der Unterjochung entlassenen Hauptmann von Malitz ist nunmehr erlassen. Danach soll Malitz aus Österreich als lästiger Ausländer ausgewiesen werden. Hauptmann Malitz hat sofort Berufung gegen diese Verfügung der Innbrüder Polizei an die Tiroler Landesregierung beantragt, an das österreichische Innenministerium eingeleitet. Am Sonntag mittags ist er zu einem Erholungsurlaub nach Bozen abgereist.

Einigung zwischen Paris und London in der Flottenfrage. Dem Direktor im Foreign Office, Craigie, der sich in der vorigen Woche in Paris aufhielt, um mit den maßgebenden französischen Stellen über eine Angleichung des französischen Flottenbauprogramms zu verhandeln, soll es gelungen sein, die französische Regierung zu gewissen Zugeständnissen zu bewegen. Frankreich soll sich zunächst einmündig erklärt haben, sein bis 1942 aufgestelltes Flottenbauprogramm um 40.000 Tonnen zu verringern, wenn sich England damit einverstanden erklärt, das eine Verringerung der Unterseeboottonnage auf die Torpedobootzerstörer-Tonnage durchzuführen werden könne. Craigie, der behauptet, Mussolinis Standpunkt genau zu kennen, habe versichert, daß auf dieser Grundlage auch eine französisch-italienische Verständigung möglich sei. Frankreich und Italien würden ihre Programme bis zum Jahre 1936 (Abbau des Londoner Drei-Mächte-Abkommens) angleichen, so daß Frankreich von diesem Zeitpunkt nur noch über 167.000 Tonnen mehr verlege als Italien.

Aufhebung deutscher Wirtschaftskontrollen. Während Persönlichkeiten einiger am Vierjahresplan mit Aufhebung beteiligter deutscher Industrieunternehmen werden sich, wie der „Hörsen-Courier“ erzählt, Ende Februar auf Grund einer an sie namentlich ergangenen Einladung des Obersten Volkswirtschaftsrates der Sowjetunion nach Moskau begeben. Den Einzelheiten soll während ihres kurz bemessenen Aufenthaltes Gelegenheit gegeben werden, mit Vertretern der Sowjetwirtschaftsplanung zu sprechen und in die industriellen Aufbaubestrebungen Russlands Einblick zu gewinnen.

Gasabkühlungen des Roten Kreuzes in ganz England. Das englische Rote Kreuz organisiert jetzt in Zusammenarbeit mit dem Kriegsministerium die Ausbildung seiner Angehörigen in der Abwehr gegen Gasangriffe. Für diesen Zweck sind in ganz England besondere Unterstände und Schutzräume hergerichtet und mit allen notwendigen Mitteln ausgerüstet worden. Sobald die Warnungssignale eines Luftangriffs gegeben werden, haben sich die Personen des Roten Kreuzes, die in der Gasabwehr ausgebildet werden, auf ihre Posten zu begeben und dort die etwaigen Opfer entsprechend zu behandeln. Es wurden Gasmasken

verteilt und auch die Frauenabteilung des Roten Kreuzes wird in ihrem Gebrauch unterrichtet. Die Zentrale des Roten Kreuzes in England läßt erklären, es handele sich hierbei um einen besonderen Dienstweg freiwilliger Tätigkeit im Falle eines Krieges. Von einem Generalstabsoffizier ist ein Handbuch für den Zweck des Gasabwehres ausgearbeitet worden. Es werden sich im ganzen Land zahlreiche Freiwillige, um an der Ausbildung teilzunehmen.

Chefzeitung weist die Albaner aus. Die Wiener Volkszeitung hat nach einer Meldung Berliner Blätter mitgeteilt, daß die geachtete Kolonie der albanischen Emigranten aus Österreich ausgewiesen wird, da sie das der Volkszeitung gegebene Versprechen, nichts gegen König Jozu zu unternehmen, nicht gehalten hat.

Wien-Besuch des Reichskanzlers in 14 Tagen. Wie die „Volkische Zeitung“ erzählt, werden Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsaußenminister Dr. Curtius der Einladung der österreichischen Regierung zu einem Wiener Besuch Anfang März Folge leisten, wenn die parlamentarische Lage über Abwesenheit dann gestattet.

Wirtschaftsrevolution in Argentinien angekündigt. Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Buenos Aires ist es den Behörden gelungen, eine Verschwörung zum Sturz der seit der letzten Revolution amtierenden provisorischen Regierung Uruburu aufzulockern und zu unterdrücken. Die Verschwörer waren Anhänger des ehemaligen Präsidenten Frigoyen. Eine Anzahl Offiziere und Unteroffiziere wurde verhaftet. Ein französischer Diplomat soll die Zusammenkünfte der Umstürzler in seinem Kloster veranlaßt haben.

England will einen fiskalischen Einheitszoll einführen. Der „Sunday Times“ zufolge wird in den Kreisen der englischen Regierung zur Zeit der Vorherrschaft erwohnt, neue Einnahmemeasures durch die Einführung eines fiskalischen Einheitszolls auf alle eingeführten Waren zu schaffen. Seit mehreren Monaten sei dieser Plan in sozialistischen Kreisen erörtert worden, und man warte, daß er im Kabinett eine ziemlich gute Aussicht auf Erfolg habe. Bei einem fiskalischen Zoll seien die Tariffrage sehr gering und alle etwa gleich hoch, so daß sie keinen Schutzcharakter hätten. Wenn man diesen Zoll einführt, so würde man die Schwierigkeiten, die das Zollproblem innerpolitisch mit sich bringe, umgehen. Die Einführung eines fiskalischen Zolltariffs wird auch von Garvin im „Observer“ für notwendig erachtet, um die gesamte innere Politik auf eine neue Grundlage zu stellen. Garvin glaubt, daß die Vorherrschaft für die Konservativen und möglicherweise auch für die Liberalen annehmbar seien, so daß sich die notwendige Mehrheit im Parlament für einen derartigen Antrag finden werde.

Hr. Dr. Wendhausen nicht Nationalsozialist. Der nationalsozialistische Parlamentsdienst bezeichnet die Behauptung, daß der bisherige Landvolk-Abgeordnete Dr. Wendhausen sich der nationalsozialistischen Arbeiterpartei angeschlossen habe, als falsch. In der nationalsozialistischen Korrespondenz wird weiter erklärt, die Abgeordneten Dr. Wendhausen, v. Zabel und Steber bildeten nach wie vor eine selbständige bäuerliche Gruppe.

Keine Neuregelung der Amtsbeziehungen. Die das Organ des Deutschen Beamtenbundes mitteilt, erachtet das Reichskabinett den gegenwärtigen Zeitpunkt weder für eine Befristung noch für eine Teillösung der Frage der Amtsbeziehungen für angebracht. Der preuß. Finanzminister habe sich dieser Stellungnahme des Reichskabinetts angeschlossen und den preuß. Reichsrat empfohlen, alle schwebenden Fragen dieser Art zurückzustellen.

Die Staatspartei über ihre Agrartränge. Die Reichstagsfraktion der Staatspartei teilt mit, daß sie einen Antrag auf unverzügliche Ratifizierung der Genier Handelskonvention eingebracht habe. Damit werde die Unterzeichnung widerlegt, die bei der Besprechung der Agrartränge

der Staatspartei von einigen Seiten laut geworden sei, als wolle die Staatspartei ihre bisherige Haltung in der Handelspolitik ändern.

Wiederkehr des deutschen Außenministers nach Berlin. Außenminister des Auswärtigen, Dr. Curtius, ist aus seinem Urlaub nach Berlin zurückgekehrt und hat seine Dienstgeschäfte wieder übernommen.

Aus dem Reichstag.

Der Reichstag erlebte am Sonnabend, wie wir bereits berichtet haben, in einer kurzen Sitzung die zweite Beratung des Kriegsgesetzes, des Gesetzes über die Verfassung des Reichspräsidenten und des Reichsstaatsanwalts. Die Bestimmungen über die letzten beiden Gesetze wurden bekanntlich auf Dienstag zurückgestellt. Das Haus zeigte nämlich die an Sonnabenden übliche schlechte Besetzung, die durch das Fehlen der Deutschnationalen und Nationalsozialisten besonders deutlich in die Erscheinung trat. Das große Mittelstück geht jetzt darum, ob wenigstens die Deutschnationalen heute Montag wieder in den Reichstag zurückkehren werden. Für Montag nachmittags 3 Uhr ist nämlich die zweite Beratung des Haushalts für Ernährung und Landwirtschaft auf die Tagesordnung gesetzt worden, ein Etat, an dem mindestens die Landwirtschaftsvertreter unter den Deutschnationalen ein großes Interesse haben, wenn auch die Bestimmungen über die Ohrlöhne am Montag voraussichtlich noch nicht zur Besprechung kommen werden. Es besteht natürlich auch die Möglichkeit, daß die Deutschnationalen sich der zweiten Beratung fernhalten und erst bei der dritten Beratung ihre Stimmen in die Waagschale werfen werden.

Das Arbeitsprogramm des Haushaltsausschusses.

Diese Woche Auswärtiges Amt und Wehretat. Die Verlin. Die Arbeiten des Haushaltsausschusses des Reichstages sind jetzt soweit fortgeschritten, daß etwa 70 der Staatsverträge erledigt sind. Nach dem Innenministerium soll in der laufenden Woche der Etat des Reichstages zur Beratung kommen. Daran schließt sich der Haushalt des Auswärtigen Amtes. Ende der Woche, voraussichtlich Freitag, geht der Ausschuss dann zur Beratung des Wehrtetats über. Den Verhandlungen über diesen Etat steht man in parlamentarischen Kreisen mit besonderem Interesse entgegen. Angeht es doch den Kern des Rechtsoppositionen besteht an sich die Möglichkeit für die Linksparteien, starke Streichungen am Wehretat durchzuführen. Welche Stellung die Sozialdemokraten letzten Endes einnehmen und inwieweit sie Streichungen beantragen werden, steht jetzt noch nicht fest. Die Fraktion wird dazu erst in den nächsten Tagen Stellung nehmen. Weitere unerledigte Etats sind dann noch der Haushalt des Arbeitsministeriums, der Reichspost und der Allgemeinen Finanzverwaltung. Es ist damit zu rechnen, daß der Ausschuss seine Arbeiten in der zweiten Märzwoche zum Abschluß bringen kann.

Die Ueberfremdungen in Argentinien.

Report. Die Ueberfremdungen in Argentinien dauern an. Durch einen Wellenschlag im La Cumbre-Distrikt schwollen die Wasser derart an, daß mehrere Bewohner von den tobenden Fluten mit fortgerissen wurden und ertranken. Ganze Dörfer wurden fortgeschwemmt. Die Eisenbahnen sind zerstört.

ROMAN VON E. GRABOWSKI

Liebeszauber

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH DEN VERLAGSMEISTER, BERLIN

11. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Sie waren in die Nähe des Rathauses gekommen, Lina, die sich ermüdet fühlte, steuerte auf eine der Bänke des Parkes zu und er folgte ihr nach, nicht nur aus einem Höflichkeitsgefühl heraus. Er war neugierig geworden, und das war das Eigenartige, daß er sich die Schicksale der schönen Frau völlig getrennt von sich denken konnte. Allenfalls fühlte er sich in seiner Eitelkeit verletzt, wenn er bedachte, daß sie nie einen anderen ihm vorgezogen hätte. Aber das ging nur so nebenher, wie ein leichter Aufzug in Sommerjahren.

„Ja“, sagte Lina, als sie eine gewisse Besorgnis niederzukämpfen hatte: „Harriet hat ihre Wahl diesmal auch wieder zur Erstlingsfrage gemacht. Erinnern Sie sich des letzten Winterfestes meiner Waise?“

Er nickte mit leichtem Stirnrunzeln. Ob er sich dessen erinnerte! Sekundenlang erlebte er die Seligkeit jenes Abends wieder, die Hoffnung auf den Besitz der Frau, die ihn völlig umgarnet hatte. Lina ließ ihm nicht Zeit für ein längeres Berweilen dabei. Sie sprach rasch und energisch weiter:

„Nun, am andern Morgen erhielt Harriet die Nachricht von dem Verlust ihres Vermögens.“

Nun horchte er doch auf, machte eine rasche Wendung nach ihr hin:

„Ah, hier wenigstens war keine Verstellung, keine Lüge zu suchen, die schlimmen Nachrichten waren wirklich eingetroffen.“

„Ja, Herr von Romatisch. Es waren fürchterliche Tage, die wir durchlebten. Verzweiflung und Selbstmordgedanken schlichen durchs Haus.“

„Warum haben Sie mir das verschwiegen?“ fragte Matthias fast hart.

Sie zuckte zusammen, fühlte die Berechtigung seines Vorwurfs und sagte leise:

„Harriet wollte es so. Sie wollte es, weil, ja ich kann auch das nicht verschweigen, weil sie Ihnen gut war. Sehen Sie mich nicht so ungläubig an, sie hat es mir gestanden, mehr als einmal, es wären der erste Mann, für den sie mehr empfand als bloße Freundschaft.“

„Warum dann dieses Verschweigen?“ rief Matthias so heftig, daß die Vorübergehenden sich nach ihm umsahen. — „Konnte sie in Ihrem Leid sich nicht zu mir wenden? Ach, wie gern hätte ich für sie gekämpft, wie gern für sie gearbeitet! Das mußte sie doch wissen.“

„Schließlich gestattete mir meine Stellung doch den Luxus einer armen Frau!“

Nun lächelte Lina auf, sie mußte sich das Lächeln vor den Mund halten, um nicht auffällig zu werden.

„Wie wenig kennen Sie Harriet! Die durfte sich wohl den Luxus gestatten so lange sie selbst reich war, einen unmittelbaren Mann zu freien, aber —“

„Unbemittelt...“ fuhr Matthias auf. „Meine Lebensstellung geht denn doch über den Rahmen der Mittelmäßigkeit hinaus. Sie hätte mit mir zusammen ein gutes, sorgloses Leben führen können, hätte ihren Sommerhof in irgendeiner der Vorstädte wählen können, auch Reisen hätten wir zusammen gemacht.“

Wieder lächelte Lina so eigen, so mittelalt, daß Matthias verwirrt abtrat.

„Und Sie glauben“, fragte das früh verblühte Mädchen, „daß Harriet damit zufrieden gewesen wäre...“

„Wenn sie mir wirklich gut war...“

„hm, was man so gut sein nennt! Bisher habe ich bei meiner Waise viel Verstand, viel Kunstfiness, aber wenig Herz gefunden. Liebe, das hat sie mir sehr oft verraten, sei ihr ein Luxus, der erst an zehnter Stelle käme. — Sie werden bleich, verzeihen Sie mir meine Offenheit, aber Sie sollen sich keine falschen Begriffe von Harriet machen. Der Verlust ihres Vermögens machte sie unfrei, benahm ihr die Möglichkeit, sich ausleben zu können. Dann auch wollte sie sich von dem Manne nicht erhalten lassen, den sie liebte.“

„Und dem ungeliebten Manne wirft sie sich unbedeutlich in die Arme“, rief Matthias, dessen Blut sich rasch erhob, „und änderte an den Worten Linas. Er wurde erregt und hatte Mühe, seinen Zorn zu meistern.“

Lina strich ein paarmal über ihr glatt geschleiftes Haar, das ein völlig unmoderner Hut um die Schläfen frei ließ. Matthias folgte dieser Bewegung mit seinem Blick, und sonderbar genug fiel es ihm in diesem Augenblick auf, wie eine Frau, die neben Harriet jahrelang gelebt hatte, so tüftelnd einfach geliebt war. Diese Gedanken beruhigten seinen aufsteigenden Zorn, denn sie führten ihn zu einem anderen: „Es ist auch erlosch, wie sie sich liebt, eitel ist ja alles in der Welt. Der Tod ist überall derselbe, ob er uns in leidener oder leimerner Hülle findet!“ So flüchtete sein Denken zurück zu der Resignation, in die er sich eingekippen seit seinem letzten Ehebündnis mit Harriet.

Lina hatte ruhig gemartet, bis die Welle des Zornes und der Unruhe, die ihn infolge ihrer Mitteilung erfasst hatte, wieder abgeebbt war. Sie sah den Amiein zu, die hier in dem kurzgefahrenen Wagen der Schmuckplätze ihre Zähmer suchten, unbehört durch das Bewußt der Menschen, die ständig vorüberzogen. Dann nahm sie ihre Rede wieder auf:

„Sie fragen, warum ich meine Waise unbedeutlich in die Arme des reichen Mannes geworfen hat? Das ist wieder die Folge ihrer eigenartigen Lebensanschauungen. Dem ungeliebten Manne gegenüber fühlte sie sich quitt durch das Opfer ihres eigenen Ichs.“

„Das sind allerdings sonderbare Grundzüge“, sagte Matthias, „die ich nicht näher bezeichnen mag.“

„Sonderbar, Sie haben recht, aber wer erlöst den Frauen Sinn einer Frau von dem Wesen Harriets! Sie geht mit der Zeit. Die Erlösungsstufe eines Joles sind ihr in Reich und Blut übergegangen. Sie vertritt das Recht des Individuums, sieht imhachtend auf die Glorie der deutschen Hausfrau hinab, die Jwed und Lebensziel in der Liebe sucht. In der Liebe zum Manne, in der Liebe zu den Kindern, in der Liebe zu dem Reiche, in dem sie Königin ist!“

Warum flieg plötzlich in der Seele des Matthias ein goldener Sommermorgen auf, den Rahmen schaffend für ein Wesen, das er sich ganz gut als Verkörperung solcher Glorie

vorfellen konnte. Aber er jagte doch: „Solche Frauen gibt es nicht, hat es nie gegeben!“

Eine kleine Rote stieg in den Wagen Linas auf. „Sie sind da, heute noch, Frauen, die der Liebe höchste Opfer bringen, aber sie treten nicht hervor, sie wirken unbeschadet von der Menge im Stillen.“

Er sah sie verwundert, fast ungläubig an. Was wußte dieses verkümmerte, in Abhängigkeit verblühende Mädchen denn von solchem tiefinnerlichen Geschehen?

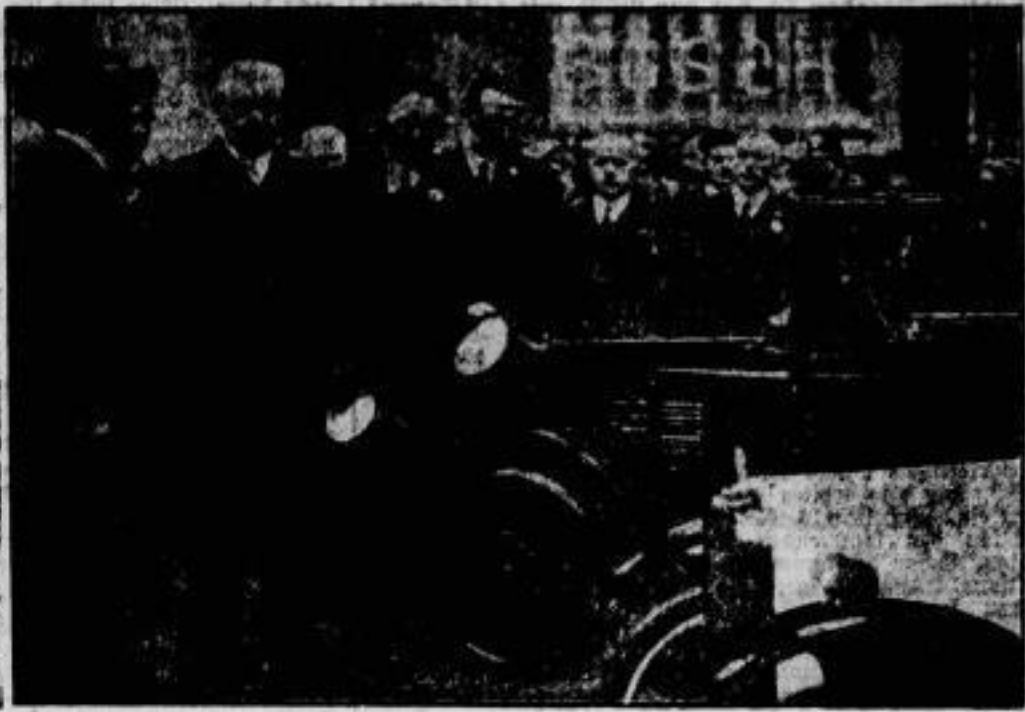
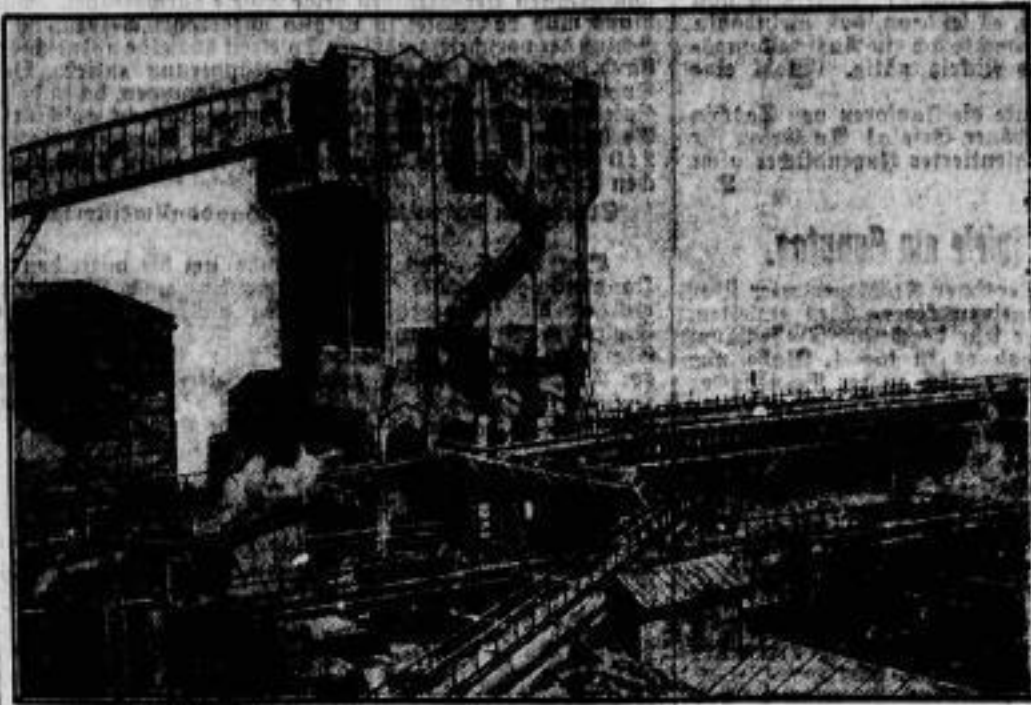
Fühlte sie kein Denken? Hatte sie den Wunsch, ihn zu überzeugen, zur Ehrenrettung jener vielen ungenannten Frauen, die in Liebe schwere Lebensbürden tragen ohne zu zerbrechen; ja, die nur lächeln unter den selbstgewählten Entfaltungen, oder drängte es sie, einmal von dem zu reden, was ihr selbstgewähltes Schicksal war. Zu einem Menschen davon zu reden, dem sie sagen wollte: Es gibt doch auch Frauen, die die Liebe über alles stellen; und hier, hier ist eine solche neben dir. Vielleicht auch trieb sie ein Quentchen Eitelkeit dazu, daran zu erinnern, daß sie nicht immer das stille Heimchen war, das unbemerkt und unbegehrt durchs Leben huscht. Während Matthias gerüstet die architektonischen Schönheiten des Rathauses bewunderte, vor dem sie gerade saßen, sprach Lina leise wie in einer Beichte:

„Er Achelle und sie fuhr ermunternd fort: „Die junge Lina war ein fröhlich Ding. Heideröcker nannte man sie und wie ein Heideröcker ist sie rasch verblüht im Sturm des Schicksals. Das so häufig vorkommende Leid im Leben: Knappes Einkommen, Krankheit teuerer Menschen, es lag auf meinem Lebenswege. Ich hatte ein Lieb gefunden, einen hübschen klugen Mann, einen Mann, der aber auch der Schwucht huldigte und es nicht verstehen wollte, daß ich meinen einzigen Bruder nicht im Krankenhaus sterben lassen wollte, in einsamer Zelle auf Nummer 10. Er schüttelte sich davorn, er hat mich liebend, ihn unter dem Dache sterben zu lassen, unter dem er geboren war. Ich konnte dem Kranken die Bitte nicht verlegen, verlobte die Hochzeit um seinetwillen. Es kam zur Aussprache darüber mit meinem Verlobten, er verließ mich trösig und nahm ein anderes Weib. Als dann mein Bruder starb, war ich ganz verlassen. Und doch starb meine Liebe zu Toni nicht. Ich mußte ihn gering achten seiner Besinnung wegen, ich hätte nie mehr die Seine werden können, auch wenn er plötzlich frei geworden wäre, aber ich liebte ihn immer noch, konnte keines anderen Mannes Weib werden. — Warum ich Ihnen das erzähle? Weil ich glaube, Ihre Liebe, Herr von Romatisch war nicht tief, nicht unerschütterlich; nach allen Ihren Äußerungen muß ich das annehmen und darum sollen Sie nicht verzweifeln am Leben. Man sagt, Sie hätten seit jenem Erlebnis mit meiner Waise alle Lebensenergie verloren. Das dürfen Sie nicht. Schalten Sie einmal die Achseln aus Ihrem Leben. Betrachten Sie sich als Sender einer höheren Macht, ausgeleitet als Mitarbeiter an der Erfüllung des Menschentums, und das Leben wird Ihnen wieder Freude machen. Gerade Sie haben Gelegenheit in Ihrem Berufe, die Menschen zu erheben durch unergänztliches Schaffen. Suchen Sie sich in diesem Bewußtsein festzusetzen und Sie werden noch sehr glückselig sein!“

Sie erhob sich, er tat ein gleiches, fühlte die schmale Hand, die sie ihm zum Abschied reichte, mit Ehrfürcht.

„Ich will über Ihre Worte nachdenken“, sagte er leise und sie mit leuchtenden Augen:

Neuans vom Torgn in Bild und Wort.



Neuland am Südpol entdeckt
Vor der norwegische Flieger Riser, der Führer der norwegischen Südpol-Expedition, hat er sich in die Karte ein und warf die norwegische Flagge und ein Dokument über die Besitzergreifung zugunsten Norwegens ab.

Bild links oben.
Schlagwetterkatastrophe im Harzener Bergwerksrevier. Die Seife „Schweizer Reserve“ in Rothberg, die am 11. Februar durch eine Schlagwetterkatastrophe heim-
gesucht wurde.

Bild rechts oben.
Glundenburg auf der Berliner Automobil-Ausstellung. Der Reichspräsident ließ es sich nicht nehmen, sich auf der Internationalen Automobil-Ausstellung über die Entwicklung des Kraftwagenbaues zu unterrichten.

Bild links unten.
Charlie Chaplin's Ankunft in London — der Stadt seiner Kindheit, die als erste Station einer mehrwöchigen Europareise er jetzt besucht — war der Einzug eines Triumphators: Zehntausende jubelten ihm zu und konnten nur durch ein Riesenaufgebot von Polizei davon abgehalten werden, „erdrückende“ Beweise ihrer Begeisterung zu liefern.

Bild rechts unten.
Der Schanzplan des Attentats gegen den König von Albanien.

Die Wiener Staatsoper, bei deren Verlassen König König von Albanien (im Auschnitt) mit seinem Gefolge von zwei Albanern mit einem Schnellfeuer von Revolvergeschossen überschüttet wurde. Während ein Adjutant getötet und ein Hofmarschall schwer verletzt wurde, blieb der König, dem die Schüsse galten, wie durch ein Wunder unversehrt.



Deutschlands künstlerischer Vertreter in Genf am Rande der Literatur- und Kunstausstellung des Völkerbundes wird Thomas Mann, der Dichter der „Buddenbrooks“ und des „Lagerberg“, sein.



Gerichtssaal.

Leipziger Waffendiebstahl-Prozess

Im Leipziger Waffendiebstahl-Prozess wurde am Sonnabend mit der Vernehmung derjenigen Angeklagten fortgefahren, die unmittelbar an dem Diebstahl der Waffen aus dem Lagergebäude der Reichswehr beteiligt waren. Als erster gibt der Arbeiter Otto Schäfer eine ausführliche Darstellung der Vorgänge in der fraglichen Nacht. Die Familienfrage des Vorsitzenden, ob auch der Angeklagte Lindau dabei gewesen sei, beantwortet er ausweichend. Auch der Angeklagte Alfred Heßel, will nur etwas von einem Waffenlager der Faschisten wissen, das er mit ausgehoben habe. Auch er behauptet jetzt, daß durch den Untersuchungsrichter Neuberger ins Protokoll gekommen seien, die er nicht gemacht habe. Den Diebstahl selbst gibt er in vollem Umfange zu. Dem Tischler Friedrich Seidewitz wird eine frühere Protokollausgabe vorgehalten. Danach habe er sich dem Untersuchungsrichter gegenüber dahin geäußert, es sollte versucht werden, die Waffen wegzunehmen, um sie für die Partei zu sichern. Jetzt sagt er aus, er wisse nicht, ob er sich in dieser Form ausgedrückt habe. Ebenfalls aber habe er gesagt, es handle sich um falschliche Waffen, und man würde der Partei einen Gefallen tun, wenn man sie wegnähme. Der Dachbeder Max Lindau, der im Verdacht steht, der unbekannte Fünfte bei der Ausräumung des Waffenlagers

gewesen zu sein, erklärt, er habe erst später, als die Sache schon in der Zeitung gestanden habe, von den Vorfällen erfahren. Bei der Ausstellung der Waffen habe er dann allerdings mitgewirkt. Im Widerspruch zu seinen eigenen Aussagen will der Kraftwagenführer Kiepsch sein, die unbestimmte Erinnerung haben, Lindau in der fraglichen Nacht des Diebstahls doch gesehen zu haben, dessen sich Bestner sogar ganz genau erinnern will. — Gegen die Anträge der Verteidigung wird durch Gerichtsbeschluss die sofortige Vernehmung des Untersuchungsrichters Dr. Mühl angeordnet. Vom Vorsitzenden wird dem Untersuchungsrichter dann mitgeteilt, besonders die Angeklagten Wagner, Döring, Rettin und Schönerstedt hätten sich darüber beschwert, daß die Protokollierung ihrer Aussagen nicht einwandfrei erfolgt sei. So habe Schönerstedt behauptet, daß ihm die Haftentlassung in Aussicht gestellt worden sei, wenn er als Entwendungszweck die Sicherstellung der Waffen für die RPD angebe. Dr. Mühl erklärt darauf, daß ihm als langjährigem Praktiker, der schon über dreißig Jahre im Dienste der Strafverfolgung stehe, nicht unbekannt sein konnte, daß die Protokolle der Voruntersuchung häufig in der Hauptverhandlung nach Inhalt und Zustandekommen bemängelt werden. Er hätte daher ganz besonderen Wert auf einen reibungslosen Verkehr mit den Angeklagten und eine einwandfreie Fassung der Protokolle gelegt. Insbesondere habe er auch nur in Gegenwart seiner Urkundsbeamtin bzw. eines anderen Beamten verhandelt. Die Angeklagten hätten sich allerdings zuerst unter

dem Einfluß der in der Roten Hilfe erteilten Anweisungen über ihr Verhalten vor dem Gericht stark zurückgehalten. Daher habe er alles getan, um in einen persönlichen Kontakt mit ihnen zu kommen. — Dann werden die einzelnen Behauptungen der Angeklagten durchgegangen, die Dr. Mühl als nicht zutreffend bezeichnet. — Auf Antrag der Verteidigung werden für Montag auch die Sekretärin und der Urkundsbeamte des Untersuchungsrichters als Zeugen geladen.

Berufung im Deuna-Prozess verworfen

Das Berufungsverfahren im Deuna-Prozess ging am Sonnabend zu Ende. Von den Angeklagten hatten, wie gemeldet, nur Frau Krehshmar und Wadle ihre Berufung aufrechterhalten. Das Urteil erster Instanz lautete bei Frau Krehshmar auf drei Monate Gefängnis und 3000 RM Geldstrafe und bei Wadle auf 300 RM Geldstrafe. Diese Strafen wurden von der Berufungsinstanz bestätigt und die Berufung der beiden Angeklagten sowie die der Staatsanwaltschaft verworfen. Die in der ersten Instanz gegen Wadle ausgesprochene Verfallserklärung der Bestechungsgelder wurde aufgehoben.

Wer auf Reklame verzichtet

gleichet einem Manne ohne Wohnung; niemand kann ihn finden!

Turnen - Sport - Spiel - Wandern

Sportklub Dresden schlägt den HSV mit 4:2 Toren!

Was war mit der Niederlage los? So wird sich jeder fragen, der Zeiger des Kampfes in Dresden war. Die Mannschaft war für das Spiel gut vorbereitet worden, alles war von der Leitung getan worden, um einen Sieg sicher zu stellen, und doch dieser große Verfall. Mit den letzten Spielen hatte die Mannschaft bewiesen, daß sie etwas kann, aber gestern sah man davon nichts. Wärend des ganzen Spieles kam die Mannschaft zu keiner einheitlichen Leistung. Alles war nur Stückwerk eines einzelnen. Jeder operierte auf eigene Faust. Und so mußte es zu einer Niederlage kommen. Als der Ausgleich und der Sieg noch in Frage kam, verlor der Innensturm die besten Chancen. Damit gab der HSV vorläufig die Aussichten auf die Abteilungsmeisterschaft auf. Aussichten bestehen nur noch, wenn Sportklub von den noch ausstehenden vier Spielen ein Verlierer, resp. zwei Punkte abgibt. Das ist vorläufig ein geringer Trost, aber doch ein Trost. Der HSV hat also weiter an der Mannschaft zu arbeiten, um ein einheitliches Gefüge herein zu bekommen und hat in den kommenden Gesellschaftsspielen Gelegenheit hierzu. Schon der kommende Sonntag, der ein Spiel gegen Rational-Chemnitz in Riesa vorliegt, wird der Kustoff hierzu sein.

Der Spielverlauf:

11. Minute: Klingner flankt zu Wiering, der gibt zu Sundermann. 1:0 für HSV. 12. Minute: Rechte Seite von Sportklub kommt durch Wiering schießt zum Ausgleich ein. (Der größte Fehler des Spieles.) 13. Minute: Wiering reitet auf der Torlinie ein sicheres Tor mit der Hand. Der Schlichter schießt Hartmann sicher zum 2:1 ein. 30. Minute: Wiering schießt auf Tor. Wiering will fangen. Kanger läuft dazwischen, lenkt den Ball ins eigene Tor. 3:1 für Dresden. 32. Minute: Klingner kommt zum Schuß, der Ball prallt von Wiering ins Tor. Halbzeit 3:2 für Dresden.

Riesa hat jetzt die bessere Seite. Leicht im Felde überlegen, kann der Innensturm aber die besten Torangelegenheiten nicht ausnutzen. Ein Mißverständnis zwischen Hofmann und Kluge 2 rufen die Dresdner auf aus. 82. Minute fällt daraufhin das 4. Tor durch Höcker. Der Sieg war somit für Dresden sicher.

Kritik:

Bei Riesa: Wiering und Kanger - Fröhe zeitweise recht unsicher. In der Abwehrreihe befriedigte nur Kluge 2, im Sturm Kluge 1 nur recht selten. Keinem konnte ein Lob ausgesprochen werden. Kluge 1 wurde stark bewacht. Sportklub hatte in der Hintermannschaft und im Sturm die besten Leute. Höcker im Tor und Wiering - Hofmann in der Abwehr zeigten brillante Arbeit. Die Abwehrreihe war mittelmäßig, aber im Sturm sah man in Höcker 2 und Wiering überragende Köpfer.

Schiedsrichter Winkler vom Chemnitzer Ballspielklub war gut, obwohl ihm einige Kalkulationen von Hofmann entgingen. Das eine Mal war Kluge 5 kaum vier Meter vor dem Tore, als er von Hofmann regelrecht geleitet wurde. Der Schlichter blieb aber aus. Ein anderes Mal wurde Hofmann und später auch Klingner abseits gepfiffen, wo es keine Rolle nicht der Fall war. Herr Winkler stand beide Male ziemlich weit weg. Sonst aber war an seinen Leistungen bestimmt nichts auszusetzen. Die paar Fehler waren leichter zu verzeihen, als die vielen Fehler der Riesaer Mannschaft.

Riesaer SV. 2. gegen Sportklub-Dresden 2. 4:1.
Mit einem erneuten Sieg konnten die Riesaer aufwarten. Nach recht stehem Kampfe blieben die HSV. er Sieger. Das bessere Stehvermögen auf einem recht schlammen Plage gab den Ausschlag.

Lehrer gegen Dresden 5:3.
Im HSV-Park am Bürgergarten war ein recht nettes Spiel zu sehen. Zu Beginn des Spieles sah es recht gut nach einem Siege der Dresdner aus. Die Lehrkräfte wurden aber immer besser und gewannen auch verdient mit 5:3 Toren.

Sportverein Ritzsch.

Coswig 1. - Ritzsch 1. 3:1 (2:1) Eden 4:5.
Mit 98 Mann war Ritzsch in Coswig vertreten. Drei Takt- und ein Verleihenwagen benutzte man, um die vielen Interessenten zu befördern. Leider erlebten alle eine Enttäuschung.

Gleich nach Anstoß legen beide Mannschaften ein hartes Tempo vor. Coswig kommt einige Male gut durch, hat aber kein Glück im Torenschießen. Auch Ritzsch bedrängt den Gegner, erzielt aber nur ein Tor. Ritzsch ist den schwereren, sandigen Boden noch nicht gewöhnt, der Gegner ist schnell durch, freitend schießt er das 1. Tor. Die weitere Ausbeute von Coswig sind zwei Eden und fünf darauf das 2. Tor. Beide Tore waren nicht zu halten. Jetzt wird Ritzsch besser und drückt, aber die Augen erkalten nur wenig und unruhige Planken, alle Bälle bleiben im Schnee und Sand fliegen. Wiederrum ist Ritzsch durch, Witting schießt den Ball zu Steglich, selbiger wird hart bedrängt und kann den Ball nur leicht auf Tor schießen, aber Odemigen ist da und befördert den Ball ins Tor. Ritzsch kommt nun in Schwung - aber schon ist Calheit.

Ritzsch behält auch jetzt noch die Oberhand. Coswig wird zurück gedrängt. Steglich ist mit dem Ball durch, neben ihm zwei Gegner, doch als er zum Schuß ansetzt - pfeift der Schiri abseits! Nun einiges Hin und Her, alles glaubt noch an einen Sieg der Ritzscher. Wieder ist Steglich durch, kommt aber nicht zum Schuß, da der Schiri abpfeift. Steglich sollte den Gegner umarmen haben? Die zweite unverständliche Entscheidung. Nun noch einige Eden auf beiden Seiten, aber ohne Erfolg. Viele Vorlagen der Ritzscher werden vom Gegner mit der Hand herunter geholt; doch es geschieht nichts. Jetzt ist Vollmächer durch, er wird aber im Strafraum gelegt und am Bein festgehalten, alles glaubt an einen 11 Meter. Und was kam? Straßhof für Coswig! Nunmehr verliert Ritzsch die Geduld, jeder ausführende Angriff wird unterbrochen, alles Dresden ruht nichts. Man sieht, daß gar nichts zu machen ist und Ritzsch läßt nach, sobald Coswig die letzten 5 Minuten drückt. Geht gut war der Ritzscher Tormann und Hintermannschaft. Der Sturm spielte etwas unsicher, der schwere Boden machte sehr viel zu nichte. Trotzdem gab es genug Torchancen, aber leider wurden die sichersten vom Schiri unterbrochen.

In der 1. Runde wurde den Ritzschern in Dresden gesagt, daß sie in Coswig nie gewinnen können, wenn Reinhardt Wiering spielt. Und tatsächlich, dieser Herr war angeleiert. Die drei angeführten Benachteiligungen genügen, um daß man fast glauben könnte, daß der Dresdner Schiri

recht hatte. (Eine Lehre für die Zukunft.) Ritzsch ist nun mit den Verhandlungen fertig, es sei denn, daß Weindöblich in Dresdenheim gewinnt, dann würde sich ein Auswechslungsspiel zwischen Weindöblich und Ritzsch nötig. (Wohl eine auskömmliche Lohnsumme.)
Die Ritzscher Jugend konnte die Junioren von Coswig mit 6:1 niederzwingen. Ein schöner Erfolg! Im Urtakt für die 1. Kl. dürfte es infolge talentierter Jugendlicher nicht mangeln.

Östliche Fußballspiele am Sonntag.

Während in Berlin die Dresdner Städtevertreter über die 1. Kl. der Reichsbahn einen klaren Sieg erzielten, kamen in Dresden selbst einige sehr beachtliche Erfolge zum Vorschein. In Ostpreußen gab es in der 1. Klasse nur eine Begegnung, und zwar fanden sich an der Bernsdorfer Straße

Ring-Greifling gegen Eisenbahn 6:0 (3:0)
genannt. Durch diesen klaren Duntkies überboten sich die Reichsbahn erdhaltig den 3. Tabellenplatz. - Weit wichtiger als dieses Ostpreußen waren die verschiedenen Gesellschaftsspiele. So eroberte das Treffen auf dem DSC-Platz

Brandenburg gegen Minerva-Berlin 3:0 (2:0).
Das zweite Gesellschaftsspiel an der Potsdamerstraße

Waldow gegen Wacker-Edels 7:2 (3:0)
erzielte die Dresdner dem mitteldeutschen Fußballer Wacker-Edels taktisch und technisch weit überlegen.

Das Freundschaftstreffen zwischen Wacker-Edels und Wacker 08 wurde wegen schlechter Bodenverhältnisse abgefaßt. In Freiberg hatten die dortigen Sportfreunde den erstklassigen Sportverein 08 zu einem Freundschaftstreffen verpflichtet, mußten sich jedoch den Dresdnern mit 3:3 (0:2) beugen. - Auch das Gesellschaftsspiel der 1b Klasse, Volkspartnerschaft gegen Radeberger SC. fiel wegen ungewissen Bodens aus. - Von den 7 Pflichtspielen der

1b Klasse wurden nur 5 erledigt, da die beiden Spiele Wacker-Edels gegen Wacker 08 und Wacker 08 gegen Sportklub Riesa ebenfalls wegen schlechten Bodens abgesetzt wurden. Das Hauptinteresse in dieser Klasse fand natürlichweise das Spiel um die Abteilungsmeisterschaft der 3. Abteilung zwischen Sportklub und Riesaer SV. an der Helmoltstraße. Trotzdem Sportklub ungefähr eine Dreierleistung wegen Verletzung eines Spielers mit nur 10 Mann tätigt war, blieben die Dresdner mit 4:2 (3:2) Sieger über die Riesaer und sicherten sich so die Abteilungsführung. In Radebeul holte sich Wacker-Edels durch einen 2:1 (1:1) Sieg über den Radebeuler SC. zwei wichtige Punkte, die ihn vor dem Abstieg retten. Wacker-Edels erzielte in Großhain mit 7:0 (2:0) über die dortige Spielgemeinschaft einen klaren Sieg, der den Großhainern das Verbleiben in der 1b Klasse kaum noch ermöglichen wird. 07 Coswig sicherte sich durch einen 3:3 (4:1) Sieg über den SV. Rühndorf die weitere Spitzenführung der 1. Abteilung. Auf eigenem Plage mußte sich die 1b Kl. von Schwabitz durch den SC. 04 Freital mit 2:3 (1:3) geschlagen befehen.

Mitteldeutscher Fußball.

Nordwestfalen: VfB Fortuna (Lomb.) - Germania La Plata 0:0; Sportfreunde - Spielog. Leipzig 6:0; TuB Leipzig - Sportfreunde Wartmannstadt ausgef.; Olympia-Germania Leipzig - Bietlin Burgen 1:2 abgegr.; Ostfalen: Brandenburg Dresden - Minerva Berlin 3:0; GutsMuths Dresden - Wacker Leipzig 7:2; Ring-Greifling - Spielog. Dresden 6:0; Sportog. 98 - Dresdenia ausgef.; Mittelrhein: Polizei Chemnitz - Germania La Plata 2:4; Chemnitzer SC - Wacker Halle 6:4; SC Hartthau - Polizei Juidau 9:2; Westfalen: FC 02 Juidau - SC Blauh 3:3; SC Juidau gegen TuB Werdau 3:4; VfB Auerbach - VfB Glauchau 6:1; Werran 07 - SuB Plauen 4:6; Vogtland: VfB Auerbach - Spog. Plauen ausgef.; SC Elberberg - VfB Juidau 2:5; 1. VfB Plauen - SC Grünbach 2:1.

Saalegau: VfB Merseburg - Sportfreunde Halle ausgef.; SC 98 Halle - SC 99 Merseburg 3:3; Spog. Rayna - Spog. Neumar 2:3; Mittelrhein: Rladet Victoria - Fortuna Magdeburg 5:6; Victoria 96 - Sport und Spiel Magdeburg 2:4; Favorit - Preußen Magdeburg 1:4; VfB Schönebeck gegen VfB Reubaldensleben 6:0; Nordharingen: SC Erfurt - SC Arnstadt ausgef.; Sportring Erfurt - SC Stablin 1:4; Ostharingen: Diania Weimar - VfB Rudolstadt ausgef.; SC Apolda - Spog. Gera ausgef.; VfB Jena - Rottorfia Gera 3:2.

Dresdner Fußballtag über Berlin. Der am Sonntag mit Spannung erwartete Städtekampf zwischen Berlin und Dresden ging bei ununterbrochenem Schneeregen vor 25 000 Zuschauern vorstatten. Die Dresdner stellten die technisch bessere Mannschaft, die mit 5:2. Halbzeit 1:1, einen verdienten Sieg erkämpfte. Den Sturm führte an Stelle von Sedemheim Schläffer. Trotz moralischem Boden lieferten sich beide Mannschaften einen schönen Kampf, der aber durch den wenig sicheren Hamburger-Schiedsrichter Schulze in der zweiten Hälfte unglücklich beeinflusst wurde.

Die südamerikanische El Escrima La Plata errang in Chemnitz ihren zweiten Erfolg in Deutschland. Die Chemnitzer Polizei wurde mit 4:2 (2:2) geschlagen.

Süddeutschland.

Karlsruher SV. - Spielog. Gurtz 0:1 (0:1)
SV. Waldhof-Mannh. - FR. Birnwaldens 5:1 (3:0)
Wdhig Ludwigsbatalen. - Rot-Weiß Frankfurt 0:0
Union Niederrad. - FC. Saarbrücken 1:4 (1:2)
VfB. Neu-Isenburg. - 1. FC. Jdar 6:0 (1:0)
SV. Wiesbaden. - VfB. Neudorf 3:0 (0:0)
Rhaden 1860. - Wdhig Karlsruhe 9:0 (5:0)
1. FC. Nürnberg. - VfB. Gurtz 5:1 (3:0)
1. FC. Würzburg. - FC. Katt 3:1
Städtel Mainz. - Hamburger Sportverein 1:5
Saar Saarbrücken. - VfB. Frankfurt 3:3
Riders Offenbach. - Germania Worms 0:0
VfB. Mannheim. - Germania Bredingen 3:2

Fußball.

Die erste Zwischrunde um die Sachsenruder-Gaudeball-Meisterschaft.
Das Tauwetter der letzten Wochentage und der Schneefall am Sonntag ließen eine glatte Durchführung der beiden Amateurspiele um die Gaudeballmeisterschaft der Sächsischen Turnerschaft nicht ermöglichen. Trotzdem wurden unter

schwierigen Verhältnissen beide Spiele durchgeführt. Allerdings muß das Spiel in Leipzig wiederholt werden, da bei Schluß der vorläufigen Spielzeit daselbst unentschieden stand, der Sieg jedoch keine Verlängerung zuließ. Beide Spielergebnisse bedeuten große Überraschungen, da in beiden Spielen die vorausgesagten Favoriten schlecht abschnitten. So spielten TuB. Neugraben gegen TuB. Chemnitz Gabeln 2:0 (1:0) und VfB. Leipzig-Gaudeball gegen VfB. Gabeln 2:2 (1:2).

Spieler um die mitteldeutsche Gaudeballmeisterschaft in Gabeln.

Von den Spielen der Vorrunde um die mitteldeutsche Gaudeballmeisterschaft der Gaumeister und Gaumeister wurden die folgenden in Gabeln ausgetragen: SC. 04 Freital - VfB. Rauen 6:0 (3:0); VfB. Wdhig - VfB. Chemnitz 2:5; TuB. Werdau - VfB. Wdhig 2:0; von der Runde der Zweiten wurden ausgetragen in Chemnitz VfB. Chemnitz - Thumer SC. 08 5:1 und in Lichterfeld VfB. Lichterfeld - Sportfreunde Leipzig 2:12.

Der Wintersport am Sonntag.

Obwohl die Wintersportferien ihren Höhepunkt bereits überschritten hat, herrscht am Sonntag allenthalben reger Betrieb und nur ganz wenige Ausfälle waren zu verzeichnen.

Von bedeutenden Veranstaltungen mußten in der Schweiz die in Nürten bereits einmal verübten FIS. Abfahrtsrennen wegen Lawengefahr abgesetzt werden. Von den zahlreichen Skifahrern in Deutschland wurde wieder eine Reihe von Ausländern gewonnen. In Johannsgeorgenstadt zeigte sich auf der Gams Heins-Schanz der Norweger Knud Røedherd einmal mehr seinen Konkurrenten überlegen und feierte mit der Note 204,5 vor Böttich und Kluge, die beide mit 56 Metern die weitesten Sprünge ausführten. - Das Vänderspringen in Rukla auf der Heim. Thiel-Schanz sah den Innsbrucker Josef Gumpold bei mittleren Sprüngen mit der Note 387,5 erfolgreich und den Titel eines norddeutschen Stimmfahrs holte sich in Frekenau der Norweger Nils Abel mit Note 471,8 vor dem bekannten Waldbauer Kasper. - Die sächsische Ski-Staffelmeisterschaft in Bad Lauscha fiel in 2:30:10 an den vom Stari führenden Stielud Reiner. - Im Ausland ist der Skifahrer-Spitzentag in der Schweiz hervorzuheben, der Sigmund Rued mit Note 277,4 einen neuen Sieg über seinen Landsmann Kelland eintrachte. - Im Wintersport fanden die Weltmeisterschaften im Schnellschießen in Gellingsloz im Vordergrund. Der Finne Tuuhersa feierte über 500 und 1500 Meter und holte sich auf Grund seines großen Vorsprungs in den 1500 Metern mit 208,97 Punkten nach mehrjähriger Unterbrechung den Titel vor den Norwegern Ewenen, Ballangrud und Karlsen wieder. - Die kanadische Eishockeymannschaft schlug in Danzig die Reserve des dortigen ESC. 10:1 und der FC. Prag zeigte sich auf der neuen Kunsteisbahn in Prag dem SC. Gellingsloz 7:0 überlegen. - Die deutsche Eishockeymeisterschaft der 25. am-Runde auf dem Dammischen See bei Siedtin fiel der Windstille zum Opfer und soll in den nächsten Tagen nachgeholt werden. Davor wurden in Oberhof um die Thüringer Meisterschaft im Inverloob aufgeföhren. Der Hob. Besel mit den Erfurter Schifer-Sipach feierte in der nur mäßigen Zeit von 3:57,4 für beide Parteien.

Jugendkämpfe des Kreises Westergedberge in Oberwiesenthal.

Bei den vom Kreis Westergedberge im SSB. in Oberwiesenthal durchgeführten Kreisjugendkämpfen wurde der Oberwiesenthaler Jugendliche Gerhard Rabenkeim mit 18:54 Min. Sieger der 5 km-Strecke. Die Zeit für 10 km erreichte O. Kaufmann-Oberwiesenthal mit 12:20 Min. Weitere Ergebnisse: Geländelauf Jugend I (1,5 km); Sieger Rabenkeim; Jugend II; Herrmann-Oberwiesenthal; Schuljugend I (800 m); Wdhig-Oberwiesenthal; Schuljugend II; Reierhöfer-Oberwiesenthal.

Schwimmsport.

Mitteldeutsche Erfolge im Berliner Wellenbad. Bei den internationalen Schwimmwettkämpfen im Berliner Wellenbad siegte im Wasserballspiel der deutsche Meister Hellas-Magdeburg gegen Weihenstephan 96 leicht mit 5:0. Die Leipziger Schwimmerin Hertha Wunder holte sich im 200-Meter-Brustschwimmen den Sieg mit 3:21,8 vor Frä. Schön-Garlottenburg.

Ämtlicher Wintersportwetterdienst der Sächsischen Landeswetterwarte

vom 22. Februar 1961.
Bautzsch (Bautzschdorf): Nebel, Schneehöhe 43 Zentimeter, Pulverschnee, Ski- und Rodelsport gut.
Chemnitz: Nebel, Schneehöhe 45 Zentimeter, Pulverschnee, Ski- und Rodelsport gut.
Altenberg: Schneefall, Schneehöhe 55 Zentimeter, Pulverschnee, Ski- und Rodelsport gut.
Jannwald-Georgenfeld: Schneefall, Schneehöhe 105 Zentimeter, Pulverschnee, Ski- und Rodelsport gut.
Rippdorf-Bärenfeld: Starker Schneefall, Schneehöhe 45 Zentimeter, Pulverschnee, Ski- und Rodelsport gut.
Oberhainichen-Falkenhain: Starker Schneefall, Schneehöhe 54 Zentimeter, Pulverschnee, Ski- und Rodelsport gut.
Kannberg-Pöhlberg: Schneefall, Schneehöhe 58 Zentimeter, Pulverschnee, Ski- und Rodelsport gut.
Oberwiesenthal: Nebel, Schneehöhe 140 Zentimeter, vermehrt, Ski- und Rodelsport sehr gut.
Schneeberg: Nebel, Schneehöhe 168 Zentimeter, vermehrt, Ski- und Rodelsport sehr gut.
Waldenau (Riesberg): Schneefall, Schneehöhe 125 Zentimeter, Pulverschnee, Ski- und Rodelsport sehr gut.
Wintersgautsch: Nieselregen, Temperaturen um Null, Gebirge leichter Frost, weiterhin Schneefälle.

Wasserstände

	22. 2. 61	23. 2. 61
Waldenau: Rammit	+ 30	+ 14
Mobtan	+ 48	+ 50
Georg: Laun	+ 2	+ 6
Elbe: Rimbürg	+120	+130
Brandeb.	+154	+210
Wilmitt	+ 83	+122
Wilmitt	+ 54	+ 84
Zuffig	+ 72	+120
Dresden	-102	- 60
Riesa	fehlt	- 4